

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

14. Jahrgang

Donnerstag, 15. November 1934

Nr. 268



In Asturien wird noch gekämpft!

Madrid. (Globe). Der Kommandant der Zivilgarde, Dorval, der gleichzeitig Delegierter des Kriegsministeriums in der Provinz Asturien ist, hat der spanischen Regierung einen Bericht unterbreitet, der besagt, daß der Patronatendienst der Zivilgarde in Asturien derzeit eine Reorganisation erfahre, daß an strategisch wichtigen Punkten kleine Festungen errichtet werden, die Besatzungen von 25, 50 und 100 Mann aufweisen würden. Diese kleinen Festungen wären mit den allermodernsten Waffen ausgerüstet und mit den allermodernsten Waffen ausgerüstet und würden miteinander in ständiger Verbindung sein. Mobile Abteilungen zu je 200 Mann seien nunmehr die Operation fort, deren Ziel es ist, die Stützpunkte der Aufrechter in den Bergen Asturiens zu säubern.

Karwahne, der Kronzeuge im Reichstagsbrandprozeß erledigt

Berlin. Der Landesobmann der nationalsozialistischen Betriebsorganisation Karwahne, der gleichzeitig kommissarischer Leiter des Wohlfahrtsamtes von Hannover war, ist, wie der „Hannoversche Anzeiger“ meldet, von seinem Amt als Leiter des Wohlfahrtsamtes durch den Oberbürgermeister entbunden worden. Karwahne, der auch dem gegenwärtigen Reichstag als Abgeordneter angehört, war bekanntlich auch im Reichstagsbrandprozeß als Zeuge hervorgetreten.

Zusammenarbeit mit Kommunisten Vertreter der Tschechoslowakei lehnen ab

Paris. Der Vollzugsausschuß der Sozialistischen Internationale prüfte unter Vorsitz Vanderveldes das kommunistische Angebot einer internationalen Zusammenarbeit. Vandervelde erstattete Bericht über das kürzlich von den französischen kommunistischen Delegierten Cahin und Thores gemachte Angebot einer Verallgemeinerung des in Frankreich zustande gekommenen Abkommens. Während Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und die Tschechoslowakei einer einseitigen Aktion ablehnend gegenübersehen, treten die Delegierten Frankreichs, Oesterreichs, Italiens und des Saargebietes für ein beschränktes Abkommen ein.

Auf der Spur der blonden Terroristin

Paris. (Tsch. P. B.) Die Donnerstagsabendpresse berichtet aus Nizza, die dortige Polizei, sei einer mysteriösen Blondine auf der Spur, von der sie annimmt, daß sie nach der Beschreibung identisch sein könnte mit der gesuchten Genossin der kroatischen Terroristen, Maria Vondráček. In der Nacht zum 23. Oktober erwartete diese geheimnisvolle Blondine in der Umgebung Nizzas einen Kraftwagen, der sie dann in größter Eile nach Nizza brachte. Der Polizei ist es gelungen, die Registrierungsnummer des Wagens festzustellen und sie forscht nunmehr nach dem Inhaber des Wagens sowie nach den Personen, die in demselben saßen.

Die indischen Wähler gegen England

London. (Tsch. P. B.) Nach Meldungen aus London ergaben die Kandidaten der Kongresspartei bei den Wahlen für die indische gesetzgebende Versammlung so große Erfolge, daß die Kongressführer hoffen, in der Versammlung über eine Inappe regierungsfreundliche Mehrheit zu verfügen. Bisher stehen Regierungsparteien und Kongresspartei ungefähr gleich. Die endgültigen Wahlergebnisse werden noch einige Tage auf sich warten lassen. Die Wahlbeteiligung war verhältnismäßig groß, wobei sich besonders die indischen Frauen hervortaten. In Kattur z. B. machten 20 Prozent der weiblichen Wähler von ihrem Stimmrecht Gebrauch. Der Hauptpunkt, um den sich die Wähler drehen, ist die Frage der indischen Verfassungsreform. Die Kongresspartei lehnt die Politik des englischen Weißbuchs entschieden ab.

Herr Fey, klagen Sie doch in Leitmeritz!

Affäre Kreisler oder Affäre Fey?

Dr. Fritz Kreisler ist, wie wir bereits berichtet haben, in die Haft des Prager Landesgerichtes nach Pankratz eingeliefert worden. Die Untersuchung leitet Untersuchungsrichter C e s á r l. Der Rechtsvertreter des Genossen Kreisler, Dr. B i l l, fordert in einer Eingabe an das Gericht die sofortige Haftentlassung auf Grund des Paragraphen 59 der Strafprozessordnung, da der Verhaftete „auf der Stelle“ durch Vorlegen der Proschüre bewiesen habe, daß es sich um eine rein politische Angelegenheit handelt.

Entscheidend für die Beurteilung des Falles müsse aber sein, daß die inkriminierte Tat — von der ja erst zu erweisen wäre, daß es sich um „Verleumdung“ und nicht um die Mitteilung von Tatsachen handelt — in der Tschechoslowakei begangen wurde. Wenn es sich um ein Verbrechen handelt, gehört der Fall vor ein inländisches Gericht. Da nun der Staatsanwalt bisher keinen Antrag auf Strafverfolgung gestellt hat, liegt auch kein Haftgrund vor. Demnach müsse Dr. Fritz Kreisler sofort aus der Haft entlassen werden.

Das Auslieferungsbegehren ist ein offensichtlich falscher Versuch der österreichischen Regierung, den Autor der Dollfuß-Proschüre seinem ordentlichen

Richter zu entziehen und ihn der Nachjustiz der rechts- und verfassungswidrigen Einrichtungen des Fey-Regimes auszuliefern.

Wir sind übrigens der Ansicht, daß es sich keineswegs um eine „Affäre Kreisler“, sondern um eine „Affäre Fey“ handelt. Fey ist angeklagt und hätte sich zu verantworten, wenn er nicht vor Europa die Vorwürfe auf sich sitzen lassen will, die Kreisler mit guten Gründen gegen ihn erhoben hat. Der Fey hat eine glänzende Gelegenheit, sich reinzuwaschen. Er zitiere den Dr. Kreisler vor das Leitmeritzer Kreisgericht, ein ordentliches, verfassungsmäßiges, nach den Grundsätzen europäischer Rechtsauffassungen urteilendes Gericht! Dort erweise der „Theresienritter“ seine Unschuld! Und noch etwas: Wir haben uns die Beweisführung Kreislers zu eigen gemacht. Wir haben dieselben Anlagen gegen den Fey erhoben wie Kreisler. Wir sind bereit, sie jederzeit zu wiederholen. Will Schuschnigg nun die Auslieferung unseres verantwortlichen Redakteurs fordern oder will die österreichische Regierung und vor dem Prager Landesgericht klagen?!

Kartätschen-Fey! Wir halten Sie für das, was Sie sind — Klagen Sie uns doch!

Schuschnigg will die Sozialdemokraten ködern

Er holt sich eine Abfuhr — Steigerung der illegalen Arbeit

Die illegale Arbeit in Oesterreich hat neuerlich eine sehr große Steigerung erfahren. Unter den Augen der Polizei werden Tausende sozialdemokratischer Flugzettel verbreitet; in den letzten acht Tagen waren es ihrer eine halbe Million. Die wöchentlich erscheinenden illegalen Zeitungen der österreichischen Genossen haben die Auflage von 110.000. Die Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung“ wurde trotz der angeblichen Entdeckung ihrer Wiener Druckerei keinen Augenblick unterbrochen.

Kanal-Demonstrationen

Die Regierung ist vor allem über die „Kanal-Demonstrationen“ erbittert, die ununterbrochen in allen Teilen Wiens stattfinden. Arbeiter versammeln sich in Gruppen von 30 bis 40 Mann in den Kanälen, schießen eine Pistole ab, um die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden zu wecken, und rufen Sprüche aus, in denen gegen die faschistische Regierung protestiert wird. Diese Sprechhöre finden zudem in den Kanälen ein starkes Echo. In die öffentliche Rede, die Schuschnigg vor einigen Tagen für die Kriegsgesessenen hielt, löste plötzlich eine solche Kundgebung; ein Schuß fiel und dann konnte man hören: „Weg mit Schuschnigg, weg mit Fey! Wir sind noch da und Wien wird frei!“

Dieser Tage wurden in den Straßen Wiens besondere Flugzettel in einer Auflage von 100.000 verbreitet. In ihnen wurden die Verbindungen der österreichischen Regierung mit den Kreisen aufgezeigt, die den Nord in Marseille organisiert haben.

Schuschnigg sucht Deckung

Die illegale Arbeit wird begünstigt durch die Zerwürfnisse im Regierungslager. Die Absicht der Heimwehren, zu pöken, besteht weiter, nur ist ihre Ausführung verschoben worden. Die Verhandlungen, die Schuschnigg mit den Nazis führt, sollen ihm eine Rückendeckung gegen die Heimwehkapitulanten verschaffen.

Auch bemüht man sich, mit den sozialdemokratischen Arbeitern in Verbindung zu kommen. Dieser Tage wurde ein früherer hoher Funk-

tionär der Sozialdemokraten арrestiert und zur Polizei gebracht. Dort wurde er in ein Auto gesetzt und zum Bundeskanzler gefahren. Dieser wollte ihn zu Unterhandlungen über die Eingliederung der Arbeiter unter das autoritäre Regime bewegen. Die Befragung war schnell zu Ende, als der Genosse erklärte, daß er keinen Auftrag zu solchen Besprechungen hat, sondern daß nach seiner Meinung die erste Vorbedingung für eine Diskussion die völlige Wiederherstellung aller demokratischen Freiheitsrechte und die Außerkräftsetzung der okkupierten faschistischen Bundesverfassung ist.

Das Ergebnis dieser Unterhaltung hat die Befürchtungen in den Kreisen der Regierung selbstverständlich nicht im geringsten vermindert. Dazu kommt, daß die Polizei bei den jüngsten Hausdurchsuchungen Listen gefunden hat, aus denen hervorgeht, daß in Wien und Umgebung allein mehr als 83.000 Arbeiter in der neuen Vereinigten sozialistischen Partei Oesterreichs organisiert sind.

Lipski und Molte als Botschafter

Rittwoch haben zu gleicher Zeit der deutsche Gesandte von Molte in Warschau und der polnische Gesandte Lipski in Berlin den Staatsoberhäuptern ihre Beglaubigungsschreiben als Botschafter überreicht. Die Ansprachen, die dabei von den neuen Votischastern, von Hitler und von dem polnischen Staatspräsidenten gehalten wurden, betonten die deutsch-polnische Freundschaft und ihre Bedeutung für die Erhaltung des Friedens (?). Für Polen geht mit der Errichtung der Berliner Botschaft ein alter Traum in Erfüllung. Sie bedeutet ja, daß Deutschland Polen offiziell als Großmacht anerkennt. Die Verständigung zwischen Frankreich und Polen begann vor anderthalb Jahren damit, daß Frankreich Polen nicht zum Viermächtepakt zuzog, es also nicht als Großmacht respektierte.

Ist das Christentum?

Wer die Entwicklung in Oesterreich aufmerksam verfolgt, sieht immer klarer, daß alle Vorkommnisse der letzten Jahre ihren Ursprung haben in dem nie ruhenden Machtstreben der römisch-katholischen Klerikalen. Sie vertragen es nicht, daß in den letzten Jahren jede Tat der Klerikalen gegen das Volksinteresse und das Rechtsempfinden des Volkes immer wieder durch eine Austrittsbewegung aus der römisch-katholischen Kirche beantwortet wurde. Es hätte ihnen nicht, daß die Bevölkerung Oesterreichs im demokratischen Staate das Recht der Entscheidung über ihre Religionszugehörigkeit hatte und deshalb mußte die Demokratie fallen, ein autoritärer römisch-katholischer Staat errichtet werden.

Der Papst selber war es, der dem Bundeskanzler Dollfuß und seiner Regierung den Segen Gottes sendete, nachdem er den Eid auf die demokratische Verfassung gebrochen, mit Kanonen auf Frauen und unschuldige Kinder geschossen und Väter, die nichts anderes verbrochen als die Demokratie zu verteidigen, hängen ließ. Kein Protest dagegen, daß Dollfuß alle seine Taten damit rechtfertigte, „er fühle eine göttliche Sendung in sich, das österreichische Volk würde dem gläubigen römisch-katholischen Christentum wieder zurückzuführen“. Kein Protest der römisch-katholischen Kirche dagegen, daß das Volk vollständig enttäuscht wurde, daß der Segen in Permanenz aufgerichtet ist, kein Wort dagegen, daß die Diktatoren Oesterreichs die neue Verfassung mit den Worten einleiteten: „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung usw.“

Für alles was geschehen ist und für alles Unrecht, das täglich und stündlich in Oesterreich geschieht, für alle Willkür, die den Menschen und ihrer Kultur widersprechen, macht man Gott verantwortlich, kein Wort fällt dagegen, daß hier der Name Gottes mißbraucht wird. Im Gegenteil, man appliziert den apostolischen Segen.

Wie der Merkur in Oesterreich unter Zustimmung Roms über die Vorkommnisse in Oesterreich denkt, ersieht man aus einer Predigt, die der Erzbischof Pavlikovsky in der Wallfahrtskirche in Maria-Zell von der Kanzel herab gehalten hat. Er sprach nach der „Reichspost“ von der göttlichen Sendung des Bundeskanzlers Dollfuß und sagte: „Glücklich ein Volk, das eine solche Sendung erkennt. Noch glücklicher, wenn es solche Männer in seiner Mitte hat, die diesen Ruf Gottes in sich fühlen und auch diesem Ruf Folge leisten. Aus Eurer Mitte hat Gott einen Mann auserwählt, er hat ihm die Sendung gegeben, im Geiste Christi an die Erneuerung des ihm anvertrauten Volkes mitzuarbeiten. Und trotz allem Haß und aller Drohungen ist er nicht einen Schritt abgewichen von dem Wege, katholisch zu handeln. Es zählt zu seinen hervorragenden Taten, daß er den Staat nach göttlichem Gesetz einrichtet und dem Volke eine Verfassung geben wollte, die sich nach den Befehlen richtet, die er erhielt.“

War es eine „göttliche Sendung“, die die heutigen Machthaber betraufte, den Eid auf die Verfassung zu brechen, mit Kanonen Arbeiterwohnbauten zu zerstören, Menschen zu hängen und zu schweren Kerkerstrafen zu verurteilen? War es eine göttliche Sendung, daß Dollfuß noch während der Verhandlung gegen Lipski telefonisch von Wien aus die Todesstrafe urteilte? Es wird vielen scheinen, daß der Gott der Liebe, jener Christus, der seinen Anhängern predigte „Liebe Deinen Nächsten wie Dich selbst“, daß ein Gott, der gebietet: „Du sollst nicht töten“, mit dieser „Sendung“ und mit dieser Art von Christentum nichts gemein hat. Hier dienen die Lehren Christi ausschließlich dazu, durch ihren schandvollsten Mißbrauch die wankende Macht neu aufzurichten.

Wie sich die Dinge unter Einfluß der Klerikalen in Oesterreich entwickeln, geht daraus hervor, daß das Ordinariat von der Gemeinde Wien 19 Stationen angefordert hat, in denen neben den Kirchen die „Seelsorge“ betrieben werden soll. Einige wurden in den Räumen der „Tropfen Kindheit“ und der „Jugend in Not“ untergebracht. Zwölf sind in den Gemeindehäusern untergebracht, weitere sieben sollen errichtet werden. In den Re-

den des Bundeskanzlers Schuschnigg wird die Intelligenz unter beständiger Drohung aufgefördert, ihre Passivität aufzugeben und sich vorbehaltlos dem neuen, das heißt Merkalsen Kurs unterzuordnen. Die Arbeiterchaft wird mit allen Mitteln des Terrors vor die Wahl gestellt, sich entweder als Feind des Merkalsen Kurs unterzuordnen oder der drohenden Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend der Familie und Unterstandlosigkeit entgegenzusehen. So soll die Bevölkerung Oesterreichs willenlos der Macht der Kirche unterworfen werden.

Was sich in Oesterreich abspielt, ist ein Machtkampf der römisch-katholischen Kirche, welche die militanten Heimwehformationen in ihren

Dienst gestellt hat, um das Volk zu entziehen und Rom zu unterwerfen. Dabei wird auch gegen die Heimwehren, die für die Merkalsen Prozedur sich nicht als vollständig brauchbar erweisen, ein unterirdischer Kampf geführt, der nur durch das gemeinsame Ziel, die Wiedererrichtung der Habsburgermonarchie, noch nicht scharf genug zum Ausdruck kommt. Die Sturmischen, eine Einrichtung der Merkalsen, rüsten, daneben die Heimwehren, die scheinbar sich langsam darüber klar werden, daß man sie, als für Merkalsen Prozedur nicht vollständig verwendbar, beseitigen will. Es wird der Tag kommen, an dem auch für die Heimwehren das Wort seine Gültigkeit erlangt: der Moor hat seine Schuldigkeit getan, er kann gehen.

Zur Verteidigung bereit Genosse Müller im Budgetausschuß

Prag. Im Budgetausschuß nahm Genosse Müller beim Kapitel „Nationalverteidigung“ in voller Offenheit Stellung zu den Problemen der Verteidigung des Staates, das angesichts der fieberhaften Rüstungen der faschistischen Staaten in unserer unmittelbaren Nachbarschaft auch für unsere deutschen Arbeiter von höchster Bedeutung ist. Nachdem er mit ein paar treffenden Randbemerkungen Herrn Rayr-Harting in die Schranken verwiesen hatte, fuhr Genosse Müller fort:

Wir haben bei Einhaltung unserer grundsätzlichen Stellung immer daran festgehalten, daß die einzige Sicherung des Friedens die Abrüstung aller Staaten ist. In diesem Sinne sind wir auch für die Verkürzung der Präsenzdienstzeit, die Herabsetzung des Präsenzstandes und des Rekrutenkontingents und die Einschränkung der Rüstungen eingetreten.

Das konnten wir, so lange Deutschland und Oesterreich verständigungsbereit waren, so lange der Friede gesichert schien.

Unsere Politik auf diesem Gebiete hat auch gewisse Erfolge gehabt, die sich bei Einführung der 14monatigen Dienstzeit zeigte. Heute ist die Lage anders und das mühte auch Herr Prof. Rayr-Harting zu wissen. Er hat kein Wort darüber gesagt, wie Deutschland heute unfonktioniert rüstet, Geheimrüstungen durchführt und wie diese Aufrüstung Deutschlands den Frieden bedroht.

In dieser Situation kann niemand von uns verlangen, daß wir vielleicht die Abrüstung der demokratischen Wehrmacht vorschlagen sollen. Diese Abrüstung wäre die härteste Aufrüstung für den deutschen Faschismus, daher sind wir für den Ausbau der Verteidigungsarmee.

Wir haben unsere Turnerformationen, unsere Jugendstaffeln an die Seite der Armee gestellt und damit gezeigt, daß ein Großteil der deutschen Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterchaft, die Situation richtig erkennt und gewillt ist, alle Konsequenzen zu ziehen.

Seit Hitler in Deutschland herrscht, ist die Kriegsgefahr konstant. Wir brauchen keinen Kontakt mit der reichsdeutschen Grenzabteilung und wissen, daß Deutschland heute eine große Kaserne ist und daß dort alles auf den Krieg eingestellt ist. Und wir können nicht wissen, wann diese Kriegsmaschine einmal in Gang gesetzt wird.

Deshalb sind wir für den Ausbau und die Bereitstellung der Armee und für die Sicherung der Grenzen. Aber die Sicherung muß nicht nur durch moderne Waffen und Kriegsbetriebe geschehen, sondern auch durch Gewinnung der Menschen.

Unsere Grenzgebiete sind zum größten Teil unmaer- und unbesiedelt. Trotzdem steht ein Großteil der Leute, wie unsere Demonstrationen deutlich gezeigt haben, treu zu uns und zur Republik. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß gerade an den Grenzen die reichsdeutsche Agitation besonders stark ist und daß vom Winterhilfswerk vor allem die Grenzgebiete bedacht werden, um unseren Leuten hier zu demon-

strieren, daß sie „drüben“ doch viel besser vor Not und Elend geschützt werden. Es ist deshalb notwendig, gerade auf diese Seite der Verteidigung die größte Aufmerksamkeit zu lenken. Das sollte die Militärverwaltung und die Staatsverwaltung gut bedenken!

Genosse Müller unterbreicht nachdrücklich, daß wir einen demokratischen Geist in der ganzen Armee wünschen. Es ist bedauerlich, daß der Aufstieg aus dem Mannschaftsstand zum Offizier heute so gut wie unmöglich ist. Wir wünschen die Demokratisierung der Armee, die Sicherung der Bürgerrechte des Soldaten und geben zu bedenken, ob nicht die Einführung eines Vertrauensmännerchitzes in die Armee für beide Seiten von Nutzen wäre. Die Demokratisierung des Disziplinarrechtes und des Militärstrafrechtes wäre dringend erforderlich. Auch die Behandlung in Sachen des Unterhaltbeitrages vertritt die Öffentlichkeit.

Was die zweijährige Dienstzeit anlangt, so können wir uns mit ihr nicht ohne weiteres befreunden. Vielleicht könnte bei einzelnen Spezialwaffen eine längere Dienstzeit gegen andere Bonifikationen eingeführt werden.

Eine vormilitärische Erziehung, so wie sie heute in Italien und anderen Staaten insbesondere in den Schulen betrieben wird, lehnen wir ab. Wir glauben, daß wir in den Sportorganisationen die Stärken haben, in denen die vormilitärische Erziehung — wohl nicht im militärischen Sinn, aber im Sinne der Körpererziehung — erfolgt. So erfahren wir aus den Bonifikationen der 4. Division, daß 31 Prozent der dortigen Soldaten den Arbeitervereinen angehören. In diesen Organisationen können also Menschen herangezogen werden, die dann in kurzer Zeit gute Soldaten werden.

Leider finden unsere Turn- und Sportvereine von behördlicher Seite eher Behinderung als Unterstützung. Es wäre notwendig, daß sich der Verteidigungsminister mit dem Gesundheitsminister diesbezüglich ins Einvernehmen setzt. Die Vereine müssen in Form von Umfahrliefer, Amtsbürokraten etc. für die Ausübung des Sportes eigentlich noch Strafe zahlen.

Bezüglich der durchzuführenden Arbeiten im Bereiche des Verteidigungsministeriums wissen wir, daß sie nicht schematisch auf die einzelnen Bezirke aufgeteilt werden können. Trotzdem erüben wir den Herrn Minister dringend, nach Möglichkeit Arbeiten in die Reichs- und Grenzgebiete zu verlegen.

Wir werden für das Militärbudget stimmen und wir werden, wie wir dies in unseren Rundgebungen betont haben, nicht nur die budgetären Mittel bewilligen, sondern unserem Lande auch die aktive Verteidigung nicht verlagern, wenn unsere

Rechte und Freiheiten durch den Faschismus bedroht werden sollten. Unsere Ordners- und Sportorganisationen stehen seit zur demokratischen Republik!

Minister Dr. Bradac kam in seinem Schlußwort auf die Ausführungen des Genossen Müller zu sprechen, die er mit Dank quittierte. Der Minister habe sich im deutschen Gebiet überzeugt, daß auch auf dieser Seite ein positives Verhältnis zur Armee vorhanden sei.

Am Mittwoch wurden die Kapitel Inneres, Innisierung und Justiz vom Ausschuß in Angriff genommen. Am Abend sprach Genosse Krejcar zum Kapitel Innenministerium, wobei er u. a. an Hand einer Tabelle die Ernährungsstatistik in den deutschen und tschechischen Bezirken verglich, die rücksichtslose Eintreibung der Verpflegsrückstände von den Gemeinden kritisierte, die Altersschleberei zwischen einzelnen Behörden an einem besonders trassen Fall darlegte und sich dann auch mit den Selbstverwaltungsfinanzen und insbesondere mit den Annuitätenrückständen der Gemeinden eingehender befahte. Wir werden seine Rede im Auszug noch nachtragen.

Erhaltung des Friedens — unser Lebensinteresse

Dr. Beneš spricht im Budgetausschuß

Das Schlußwort des Außenministers war diesmal mit Rücksicht auf die vorausgegangene Debatte ziemlich kurz. Er begründete u. a. die Feststellungen der slowakischen Redner hinsichtlich der territorialen Integrität der Republik und der Slowakei und erklärte später, bezüglich des modus vivendi gebe es mit dem Vatikan keine ernstlichen Differenzen mehr und die Angelegenheit werde längstens in der ersten Hälfte des nächsten Jahres beendet sein.

Herr Rayr-Harting hatte mit einem deutlichen Hinweis auf die Sozialisten zu den Nachbarn gefährde. Er erhielt vom Außenminister die Antwort, daß die Tschechoslowakei das Recht sehr nachdrücklich verteidige; die Regierung sei aber einig darin, daß sie einen Mißbrauch des Völkerrechtes nicht dulden könne. In einem Staat wie dem unseren sei das Problem sehr heikel, der Minister könne aber den Fragesteller versichern, daß er sehr nachdrücklich darauf achte, daß die Interessen unseres Staates nicht leiden (Auf gut Deutsch gesagt heißt das etwa, daß Beneš, der selbst jahrelang in der Emigration lebte und dort an der Seite Masaryks mit anderen Emigranten die Grundfragen des heutigen Staates schuf, ausgesprochen von Herrn Rayr-Harting gute Ratsschläge keinesfalls braucht!)

Später erklärte Beneš, daß es im Leben der Völker gewisse Momente gebe, wo die Vorbereitung zur Verteidigung noch nicht die Vorbereitung zum Kriege bedeutet. Unsere Außenpolitik hat daher in der letzten Zeit betont, daß wir den Frieden wollen und für ihn arbeiten, daß wir aber zur Verteidigung vorbereitet sein sollen. Wir werden umso mehr für den Frieden arbeiten, als alle Parteien und Nationen des Staates ein Lebensinteresse an der Erhaltung des Friedens haben und im Kriegsfall keine von ihnen etwas gewinnen könnte.

Erlidigung einer überflüssigen Affäre

Nach dem Pariser Attentat hielt der kommunistische Stadtrat Castka in der Duzer Stadtvertretung eine Rede, die sich in den üblichen Bahnen kommunistischer Reihorik bewegte. Er leistete sich dabei einen heftigen Ausfall gegen die Opfer des verbrecherischen Anschlages. Deshalb wurde gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet. Damit wäre die Sache erledigt gewesen, wäre der Anlaß nicht von gewissen Kreisen zu einer bei den Haaren herbeigezogenen Hebe gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister Schlein mißbraucht worden. Dem Genossen Schlein wurde nämlich zum Vorwurf gemacht, daß er es absichtlich unterlassen habe, die beleidigenden Äußerungen Castkas zu rügen, so daß er sich mit ihnen geradezu solidarisiert hätte. Das ist natürlich angesichts der Haltung der sozialdemokratischen Partei einfach lächerlich. Die angestellte Untersuchung hat auch ergeben, daß der Bürgermeister die inkriminierte Wendung überhört hat, was durchaus erklärlich ist, zumal sie nicht einmal der als Dolmetsch bestellte städtische Beamte, ein bürgerlicher Tischbein gehört hatte und sie in der Uebersetzung der Rede nicht wiedergab. In der nächstfolgenden Sitzung der Stadtvertretung, die am 7. November abgehalten wurde, hat Bürgermeister Schlein festgestellt, daß er aus Zeitungsberichten und der bei der Bezirksbehörde erstatteten Anzeige erfahren habe, daß Stadtrat Castka in der vorangegangenen Sitzung Worte gebraucht habe, die geeignet waren, das Andenken der Opfer von Marseille tief herabzusetzen. Er sprach das Bedauern über den Vorfall aus und erteilte dem Stadtrat Castka nachträglich eine Rüge. Damit ist dieser Vorfall, soweit er den Bürgermeister Schlein betrifft, restlos erledigt.

Die „Rundschau“

hat einen geschickten Photographen und genügend Mut, um Tatsachen, die Hunderttausenden bekannt sind, schlanweg abzuleugnen. Beides zusammen ergibt dann den Wüßhumpen von unserer Tschepser Rundschau am 4. November. Die „Rundschau“ hat in Tschep — man höre — ganze 4500 Demonstrationen gesehen! Um unseren Mißerfolg noch größer zu machen, behauptet sie, wir hätten die Teilnehmerzahl mit 15.000 angegeben.

Wir haben niemals berichtet, daß in Tschep 15.000 demonstrierten. Die Beteiligung aus dem verhältnismäßig kleinen Gebiet war überwältigend, obwohl „nur“ 12.000 Personen bei der Kundgebung auf dem Marktplatz waren. Auch die Landbändler, die Heulein sicher nicht weh tun wollen, schreiben, daß der Marktplatz gesteckt voll war. Wie so kommt es also, daß das „Rundschau“-Bild so wenig Menschen zeigt? Mit Recht antwortet die „Freiheit“: „Wenn man um halb 10 photographiert hätte, wären es noch weniger gewesen.“ Der Heulein-Mann hat das Bild gemacht, während noch die Kolonnen marschierten und ein Großteil in den Jungangstraßen stand. So wird also objektiv berichtet!

Oesterreichs Kriegsrüstungen. Oesterreich rüstet fleißig weiter zum Krieg, natürlich unter der Patronage des Herrn Mussolini. Ein neues beachtenswertes Detail dafür ist, daß in dem Betrieb eines Herrn Kohn in der Bürgerhospitalgasse (Wien VI.) 100.000 Stück Legitimationskapeln, das sind die Erkennungsmarken, die die Soldaten im Kriegsfall an der Brust tragen, bestellt worden sind.

48
BRUNO ADLER:
KAMPF UM POLNA
EIN TATSACHENGMAN
Copyright 1934 by Michal Kacha Verlag, Prag XIX

In Pilsen ist es mit der Ruhe vorbei. Jüdischen Geschäften werden die Fenster eingeschlagen. Das Hotel, in dem Dr. Aukednickel wohnt, wird polizeilich bewacht. Das Militär hat Bereitschaft. Die alte Praga ist in Pilsen geblieben, zeigt sich manchmal auf dem Ringplatz und wird von Damen der Gesellschaft eingeladen und bewirtet.

Am Tage der Urteilsfällung soll in einem Hiafer durch die Stadt gefahren werden; leider unterfragt die Behörde die Demonstration.

Zweieinhalb Stunden währt die Auseinandersetzung Aukednickels mit dem Staatsanwalt und Dr. Vaga. Ein Mann spricht, ganz durchdrungen von der Wahrheit seines Glaubens; ein Jurist, dem es ehrlich um Recht und Gerechtigkeit geht; ein Mensch, dessen Leben mit dieser Aufgabe ver wachsen zu sein scheint. Er spricht ruhig und versteht seine Rede gut zu disponieren, er geht mit den Neugenaussagen scharf ins Gewicht, er zerplückt die Argumente der Gegner und vergißt nicht, was in das dunkle Komplott von Verblendung, Suggestion und Demagogie Licht bringen kann. Aber weder seine Sachlichkeit, noch seine Wärme kommt gegen das Kathos Vagas auf; die Keinen Leute auf der Geschworenenbank haben gehört, was sie hören wollten. Die Sprache eines klaren Verstandes und eines ehrlich ergriffenen Herzens verstehen sie nicht.

In seiner Replik gibt der Staatsanwalt, um Hilsners Mißbilligung im Falle Klima zu entwerfen, eine

überraschende Neuigkeit bekannt: wie er soeben telegraphisch erfahren, sei Wilhelm Tschermiska in Zaglau verhaftet worden; es bestehe der Verdacht, daß er den Zeugen Krup zu einer falschen Aussage habe bewegen wollen.

Die Juristen regen sich auf. Es ist strafprozessual unzulässig, nach Abschluß des Beweisverfahrens dieses belastend wirkende Moment vorzubringen. Andere meinen: wäre Hilsners Schicksal nicht schon von Anfang an besiegelt, der letzte Trumpf des Staatsanwalts genüge, ihm den Garaus zu machen.

Es repliziert noch Dr. Vaga mit einer neuerlichen Ritualmordbrandrede. Ueber die schäblichsten Proteste des Vorsitzenden geht er feurig hinweg. Geschworene und Zuhörer fühlen sich von seinen Ausführungen über die „charakteristischen Schritte“ der von Juden ermordeten unbefleckten Jungfrauen tief beschiedigt. Das Urteil soll morgen gefällt werden.

Eine Prager Zeitung berichtet: Dr. Vaga hatte kürzlich in Prag zu plädieren. Während einer Verhandlungspause entspann sich ein Gespräch, in welchem ihn ein Kollege fragte: „Sagen Sie mir, glauben Sie wirklich an den Ritualmord? Oder wollen Sie nur das Volk verdummeln?“ Worauf Vaga erwiderte: „Im Gegenteil! In den Ritualmord glaube ich nicht im geringsten. Ich bin nur bestrebt, im Volk die Aufklärung zu verbreiten.“

Wieder geht in Pilsen das Gerücht von einem Ritualmord um. Ein bekannter jüdischer Mitbürger soll ein dreizehnjähriges Mädchen in seine Wohnung gelockt haben, aus der es nicht mehr zurückkehrte. Später hat man das Kind ertrödelt aufgefunden. Der Täter, heißt es ein paar Stunden darauf, sei bereits verhaftet. Die ganze Stadt glaubt es. Die Saat der Aufklärung geht auf.

Am Abend rotten sich junge Leute zusammen und ziehen, das Hilsnerlied singend, zum Gerichtsgebäude. An Dr. Vaga kommen Gläubwuschtelegramme: Es lebe der Reiter des Christenvolkes! Auch Hilsner erhält, anlässlich des bevorstehenden Leopoldstages, hunderte von Gratulationen — zum Todesurteil: Herzlichen Glückwunsch zum hoffentlich letzten Namenstag! Das „Deutsche Volksblatt“ bringt an der Spitze des Mattes ein Aufsatz: 2000 Kronen für Ausforschung und Kamachmachung des oder der Mitschuldigen Hilsners!

Der Tag des Urteils beginnt im Schwurgerichtssaal recht vergnügt. Richter, Journalisten und Zuhörer vertreiben sich die Zeit bis zum Beginn der Verhandlung mit dem modernen Sport: sie schreiben Anichtsotarien. Jeder sammelt aus Stößen von Karten möglichst viele Unterschriften — das harmlos sinnige Treiben wird nicht gestört, als Hilsner in den Saal gebracht wird. Ueberrascht, müde setzt er sich auf seine Bank, unterwandt und angstvoll sieht er den letzten schreibenden Geschworenen zu, als schreiben sie sein Urteil.

Endlich beginnt der Präsident sein Resümee. Um 2 Uhr ziehen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Hunderte warten zusammengedrängt im Saal, ebenso viele draußen. Hilsner ist bleich und verquält. Als der Verteidiger ihn darauf vorbereitet, daß er wegen Verleumdung jedenfalls Gefängnis zu erwarten habe, gibt er zur Antwort: das sei ganz gut so. Draußen würden sie ihn ja doch gleich todschlagen.

Um vier Uhr kehren die Richter in den Saal zurück. Es ist eine unerträgliche Hitze. Die Türen werden weit geöffnet, damit alle hören können. Der Ökonomie verurteilt den Spruch. Die erste Frage, lautend auf Ritualmord an Agnes Praga, wird einstimmig verneint; die

zweite: Mitwirkung an der Ermordung der Rache Klima, die dritte: Verleumdung des Erbmann und Wassermann, die Eventualfrage: Mitwirkung an der Ermordung der Pruga, werden einstimmig bejaht. Ohne Kundgebungen nimmt man das Verdict auf. Jetzt erst wird Hilsner hervorgeführt, freibleich, vor Erregung zitternd. In tiefer Angst irren seine Blicke von den Verteidigern zu den Geschworenen und zu dem Präsidenten. Gepannt horcht er auf die Verlesung des Spruchs. Die erste Frage verneint — ein Ja, den geht über sein Gesicht. Wie schwere Schläge treffen ihn die drei Ja. Kampfbast ballt er die Fäuste, langsam sinkt er auf die Bank.

Der Gerichtshof erscheint zur Urteilsfällung! Tod durch den Strang! Der Vorsitzende häpelt die Formalitäten herunter. Schon sind die Berichterstatter davon geschwunden, jeder will der erste im Telegaphenamt sein. Schwerfällig tritt Hilsner zu den Verteidigern, wechselt ein paar Worte mit ihnen und wird abgeführt.

Durch die Menge auf dem Platz geht eine freudige Bewegung. Hochrufe ertönen. Beifall empfängt die Geschworenen. Man wartet auf Vaga. Eine Frau zerrt ihn aus dem Gebäude. Ohrenbetäubendes Freudengetöse bricht aus. Hüte werden geschwenkt, man will Vaga und Petrus auf die Schultern heben.

Am Fenster zeigen sich die Verteidiger. Danda- und Vereatrufe sollen ihnen entgegen. Sie wenden sich ab. Der Kreisgerichtspräsident tritt zu ihnen. Erschüttert reicht der große Herrmann dem Dr. Aukednickel die Hand: „Ich bin so fest wie Sie davon überzeugt, daß Hilsner unschuldig ist.“ Von draußen dringt der Siegesjubel durch die geschlossenen Fenster in den Saal.

(Schluß folgt.)

Rüstungskontrolle Ein amerikanischer Vorschlag

Washington. (Tsch. P.-V.) Staatssekretär Hull, der am Dienstag von einem längeren Erholungsurlaub nach Washington zurückgekehrt ist, hatte sogleich nach seiner Ankunft eine Besprechung mit dem Präsidenten Roosevelt über verschiedene außenpolitische Fragen.

Die beiden Staatsmänner beschäftigten sich dabei vor allem mit der Frage einer Kontrolle der internationalen Waffenherstellung in der Erkenntnis, daß ein allgemeines Abschungsabkommen wohl doch in unmittelbarer Zukunft kaum Zustandekommen dürfte. Die amerikanische Regierung hat auf Grund dieser Besprechung den Gedanken Wilson angewiesen, mit den hauptsächlichsten Kriegsmaterial herstellenden Mächten Verhandlungen über einen weltgehenden Kontrollplan aufzunehmen.

Es ist dabei nicht an eine internationale Kontrolle gedacht, sondern an eine Verpflichtung jedes einzelnen Staates, innerhalb seiner Landesgrenzen die Waffenherstellung selbständig zu kontrollieren.

Der amerikanische Plan sieht im einzelnen vor, daß in Zukunft kein Kriegsmaterial hergestellt werden wird, wenn nicht ein von der Landesregierung genehmigter Auftrag hierfür vorliegt, so daß die Anhäufung großer Vorräte auf diese Weise vermieden wird. Ferner soll die Ausfuhr von Waffen und Kriegsmaterial von einer besonderen Genehmigung abhängig gemacht werden. Alle Verkäufe von Waffen und Kriegsmaterial sollen dem Völkerbund-Sekretariat gemeldet und von diesem alljährlich veröffentlicht werden. Die Staaten, die zur Unterzeichnung dieses neuen Planes aufgefordert werden sollen, sind die Vereinigten Staaten, England, Frankreich, die Tschechoslowakei, Deutschland, Belgien, Italien und Schweden.

Industriehilfsaktion in England

London. Im Unterhause entspann sich eine Debatte über die Art der Hilfeleistung für die von der Krise am meisten betroffenen Industriegebiete Großbritanniens. Finanzminister Neville Chamberlain gab bekannt, daß er das Unterhaus um die Bewilligung eines Betrages von 2 Millionen Pfund Sterling ersuchen werde, mit welchem die Einnahmen für das laufende Jahr nachträglich belastet werden sollen. Diese Summe werde zur Hilfeleistung für die durch die Wirtschaftskrise betroffenen Gebiete verwendet werden. Ueber den bestehenden Fonds werden zwei Kommissare ernannt, die für England, für Wales und für Schottland werden ernannt, und die sich mit den Projekten zur Belebung des Wirtschaftsverkehrs und zur Erhöhung des sozialen Niveaus in den genannten Gegenden befassen werden.

Rumänischer Prozeß um Pawelitsch

Pawelitsch und Peroc waren in Janka Pusztas. Belgrad. (Avala.) Die Belgrader Blätter berichten über einen Prozeß gegen Sial und Butue, welche der Verbindung mit im Auslande wohnenden Terroristen angeklagt waren. Der Prozeß fand beim Gerichtshof in Saradin statt. Sial gestand bei seinem Verhöre, daß er von dem Terroristen Szabo einen Revolver erhalten habe und daß ihn die der Organisation „Alfaska“ angehörenden Terroristen von Janka Pusztas in Ungarn nach Tjelebovac in Jugoslawien brachten. Die Führer der Organisation „Alfaska“ Doktor Vabecic und Peroc waren, wie Sial erklärte, zu dieser Zeit in Janka Pusztas und bereiteten dort Attentate gegen Jugoslawien vor.

Die Arbeitslosigkeit im deutschen Gebiet

Ende Oktober von 1000 Einwohnern im tschechischen Gebiet 30, im deutschen 78 Arbeitslose

Der Deutsche Hauptverband der Industrie führt eine regelmäßige Statistik über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten. In den deutschen Gebieten werden hierbei jene gerechnet, deren Einwohnerzahl nach der Volkszählung von 1930 zu mehr als 50 Prozent aus Deutschen besteht. Nach dieser Statistik waren nun zu Ende Oktober in den deutschen Gebieten von 1000 Einwohnern 78,71, in den tschechischen Gebieten 30,74 arbeitslos. In den deutschen Gebieten gibt es daher relativ doppelt so viel Arbeitslose wie in den tschechischen. Bemerkenswert ist auch, daß unter 16 Bezirken, in denen von 1000 Einwohnern mehr als 100 arbeitslos waren, ein tschechischer sich befindet. Wertvoll an dieser Statistik ist übrigens auch, daß angeführt wird, nicht nur wieviel Arbeitslose auf 1000 Einwohner, sondern wieviel arbeitslose auch auf 1000 Berufstätige entfielen. Die Bezirke mit der größten Arbeitslosigkeit sind demnach:

Bradáč für Ausbau der Armee

Zweijährige Dienstzeit + Motorisierung + Flugwesen + Befestigungen

Prag. In seinem Schlußwort im Budgetausfluß wies Verteidigungsminister Bradáč auf die Ausführungen des Außenministers hin, aus denen hervorgehe, daß unsere Armee technisch und finanziell gut ausgerüstet sein müsse, um voll ihre Aufgabe erfüllen zu können. Früher habe man geglaubt, es sei nicht möglich, daß es nach der Weltkriegstragödie neuerlich zu einem ernstlichen Konflikt kommen könne; leider haben wir uns aber vom Gegenteil überzeugt und es sei unsere Pflicht, einzuholen, was wir a l l e veräumt haben.

Wenige Dinge hätten schon früher geschehen können, namentlich was die ungünstige Dislocation unserer Industrie betrifft. Dann müßte man den Offizieren und Rotweibern ein erträgliches Leben ermöglichen; man denke an eine Regelung des Gehaltssystems für die Militärgagisten.

Die Militärverwaltung wird ferner die Forderung stellen müssen, daß mit der Erziehung zur Wehrhaftigkeit baldigt begonnen werde, und erwartet dabei die Mithilfe des Schulministeriums. Die verschiedenen Turnerorganisationen ergänzen zwar diese notwendige Erziehung im Rahmen der Schule, aber man werde diese Frage doch systematisch lösen müssen. Zu diesem Zwecke soll eine eigene Organisation aufgebaut werden.

Die Frage der Verlängerung der militärischen Dienstzeit müsse in schnellstem Tempo gelöst werden, um die Verteidigung des Staates zu sichern. Das Ministerium und der Generalstab beharren auf der zweijährigen Dienstzeit, weil man nicht nur qualifizierte Offiziere und Soldaten, sondern auch entsprechende Aktivität brauche. Das Rekrutenkontingent kann man nicht erhöhen, weil jetzt die schwachen Kriegsjahrgänge zur Affentierung kommen, aus denen man nicht mehr ausheben könne als bisher. Daher müsse man auf der zweijährigen Dienstzeit verharren und dabei natürlich auch die Frage der Einrechnung der militärischen Dienstzeit lösen; das werde bis Ende dieses Jahres geschehen.

Was uns wirtschaftlich amezlich tangiert, ist die technische Ausrüstung der Armee; die Beträge, die die Staatskasse für diese Zwecke bereitstellen müssen, werden nicht klein sein; allerdings seien auch die Unterlassungen groß.

Es muß die Motorisierung in schnellstem Tempo allseitig durchgeführt werden, allerdings mit Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte. Auch unser Flugpark muß komplett und gut sein und es muß auch für das Zivillflugwesen und für die Propagierung des Flugportes gesorgt werden. Was die kostspielige Fliegerabwehr betrifft, so wird in schnellstem Tempo gearbeitet, um die Mängel zu beseitigen.

Festungen können wir nicht in dem Rahmen anlegen wie Frankreich, aber wir werden doch gewisse besondere empfindliche Punkte befestigen müssen; mit den Arbeiten wird bereits im nächsten Frühjahr begonnen werden, die Pläne sind fertig. Die Lösung der Eisenbahn- und Straßenfrage fällt in die Kompetenz anderer Ministerien; die notwendigen Straßen- und Bahnverbindungen zwischen den historischen Ländern und der Slowakei müssen unter allen Umständen noch im nächsten Jahr fertiggestellt werden.

Notwendig sei auch die Robellierung des Automobilsverkehrs. Es geht nicht nur um die Zahl der zur Verfügung stehenden Zivilfahrzeuge, sondern auch um ihre Qualität. Die Militärverwaltung braucht in erster Linie starke große Wagen und im Konfliktsfalle muß sie sich ja hauptsächlich auf die zivilen Wagen stützen.

Was die Forderung nach Wiedereinführung des einjährig-freiwilligen dienstees betreffe, so erklärte Bradáč, daß zwölf

Monate für die Ausbildung auch der Mittelschulabsolventen nicht genügen. Man werde bei der Entscheidung darüber wohl auf die sozialen Bedürfnisse der jungen Intelligenz Rücksicht nehmen, aber bei den übrigen Wehrpflichtigen werde man sich auch mit 18 Monaten nicht zufrieden stellen können. Nur bei den technischen Truppen eine längere Dienstzeit einzuführen, gehe nicht an, da gerade in dieser Frage Ausnahmen gar nicht gemacht werden sollten.

Der Minister schloß mit dem Hinweis, daß die letzten Wahlen zur allgemeinen Zufriedenheit ausgefallen seien und auch die ausländischen Mächtigkeiten von den hohen Qualitäten unserer Armee überzeugt hätten.

Steigende Arbeitslosigkeit - steigende Hilfe

Weitere 21 Millionen für Verlängerung und Verbesserung der Ernährungsaktion

Für die Ernährungsaktion für Arbeitslose hat das Ministerium für soziale Fürsorge in der laufenden Periode im heurigen Jahre 17,5 Millionen Kronen ausgegeben. Mit Rücksicht auf die wachsende Arbeitslosigkeit in der letzten Zeit hat das Ministerium für soziale Fürsorge vom Ministerium verlangt, daß die Dotation für die Ernährungsaktion für die heurige Periode auf 23,8 Millionen Kronen erhöht werde. Der Minister hat die Berechtigung der Forderung des Ministeriums für soziale Fürsorge anerkannt und für die Ernährungsaktion vorläufig den Betrag von 21 Millionen Kronen bewilligt, wobei die Bereitwilligkeit zu späteren, weiteren Verhandlungen erklärt wurde, damit eventuell noch weitere Summen bewilligt werden. Das Ministerium für soziale Fürsorge ist davon überzeugt, daß die Ernährungsaktion verbessert und verbolksmäßig werden muß. Es bemüht sich insbesondere, daß

in die Ernährungsaktion auch die Jugend aufgenommen

wird, welche die Schule ohne Lehre absolviert und keine Arbeit gefunden hat. Bisher hatte nämlich Anrecht auf die Ernährungsaktion nur derjenige Arbeitslose, der schon einmal drei Monate ununterbrochen im Arbeitsverhältnis gestanden hatte. Dadurch wurden die Jugendlichen, welche nach Absolvierung der Schule keine Beschäftigung gefunden haben, aus der Ernährungsaktion ausgeschaltet. Das Ministerium für soziale Fürsorge wird nun vom Ministerium verlangen, daß es den Jugendlichen möglich gemacht werde, in die Ernährungsaktion aufgenommen zu werden. Auch bei den erwachsenen Arbeitern soll eine Verbesserung Platz greifen. Das Ministerium bestrebt sich wenigstens alle diejenigen, welche wenigstens drei Monate gearbeitet haben, — wenn auch nicht ununterbrochen — in die Ernährungsaktion einzubeziehen.

Wieder ein Wirtschaftsführer

der in die Versenkung verschwindet

Berlin. In deutschen Wirtschaftskreisen wird behauptet, daß der kommunistische Führer der Wirtschaft Graf von der Goltz zurücktreten wird, wenn er nicht schon überhaupt seine Demission gegeben habe. Daß von der Goltz aus seinem Amte scheiden werde, hatte man schon vorhergesehen, weil zwischen ihm und Minister Schacht Meinungsverschiedenheiten in grundsätzlichen Fragen bestanden. Man vermutet, daß Schacht selbst den Rücktritt des Grafen von der Goltz gefordert hat. Im Zusammenhang damit wird auch mitgeteilt, daß auch zwischen Schacht und dem ehemaligen Führer der Arbeitsfront Ley Differenzen bestehen.

Primo de Riveras Stützen reaktiviert

Madrid. Die Zeitungen veröffentlichen eine Verordnung, durch welche General Souza und P l a n e s, welche dem Militärdiktatorium unter dem Vorhitz Primo de Riveras angehört hatten, wieder in den aktiven Armeedienst eingestellt werden.

König Alexander und die deutsche Minderheit in Jugoslawien

Die Deutschen Jugoslawiens, schreibt die „Europäische Nationalitäten-Korrespondenz“ haben in König Alexander mit Recht den stärksten Faktor in ihrem Kampfe gegen die östlichen chauvinistischen Kreise und damit für die Verteidigung ihrer Nationalitätenrechte gesehen. König Alexander war es, der mit seiner ganzen Autorität mehr wie einmal für die Durchführung der seinerzeit in Kraft gesetzten Schulbestimmungen u. a. m. für die deutsche Minderheit den östlichen Funktionären gegenüber eingetreten ist. So ist es wohl verständlich, daß der Tod des Königs Alexander bei den Angehörigen der deutschen Minderheit großes Bedauern ausgelöst hat. Es zeigte sich dieses bei der in Neufahrten gehaltenen großen Trauerkundgebung des Schwäbisch-Deutschen Kulturbundes, an der die Vertreter sämtlicher deutscher Verbände Jugoslawiens teilnahmen. Der deutsche Abgeordnete Dr. Stephan Kraft hielt bei dieser Veranstaltung die Gedenkrede, in der er die Verdienste des verstorbenen Königs würdigte. Viele der Teilnehmer der Feierlichkeit begaben sich daraufhin nach der Königsgruft auf dem Oplenac zu dem Grabe des Königs.

Neuer Erfolg Paraguays in Gran Chaco

Affuncion. (Avala.) Verschiedenen Meldungen zufolge haben die paraguayischen Truppenabteilungen im nordwestlichen Teile des Gran Chaco der bolivianischen Armee große Verluste beibracht. Diese Verluste werden auf etwa 12.000 Mann geschätzt. Die Bolivianer erlitten diese Niederlage am 8. November, als sie die stärkste Offensive seit Beginn des Gran Chaco-Krieges einleiteten. Die paraguayischen Streitkräfte haben nun eine neue Verteidigungslinie ohne größere Verluste errichtet.

Staatsstreich in Aegypten?

Alexandria. Nessim Pascha erklärte beim Verlassen der königlichen Residenz, wo er von König Fuad in Audienz empfangen worden war; der König hat die Ministerliste genehmigt, die ich ihm vorgelegt habe. Das Parlament, fügte Nessim Pascha hinzu, wird sofort aufgelöst und die gegenwärtige Verfassung aufgehoben werden.

Räubergeschichten

Die Landesleitung der Deutschen Front im Saargebiet hat dem Völkerbund eine Denkschrift überreicht, in der sie nicht nur den Vorwurf des Terrors zurückweist, sondern auch allen Ernstes behauptet, daß die Anhänger der Status quo einen Putsch vorbereiten, Fälschungen begehen und Terror üben. Die Denkschrift stellt einen der frivolsten Witz der Weltgeschichte dar und beweist, wie weit es Europa durch seine Nachgiebigkeit gegen das braune Gangster-Regime gebracht hat.

Jaspar neuerdings betraut

Brüssel. Der König hat Mittwoch nachmittags den bisherigen Außenminister Jaspar mit der Reorganisation der Regierung beauftragt. Jaspar hat den Auftrag noch nicht angenommen, sondern sich eine Bedenkzeit bis Donnerstag vorbehalten.

Das Präsidium des Exekutiv Ausschusses der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hielt Mittwoch, den 13. November, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Hampf seine ordentliche Tagung ab. Das politische Referat erstattete Minister V e c h y n e l. Sein Bericht wurde durch Ausführungen der Mitglieder der Behauschüsse, des Abgeordneten P i l und des Senators R o v a l ergänzt. Minister V e c h y n e l referierte sodann über die Vorbereitungen zur Sanierung der Selbstverwaltung und über die Maßnahmen zur Beschaffung der notwendigen finanziellen Mittel. Minister Dr. Weizner referierte über verschiedene sozialpolitische Maßnahmen, insbesondere über Jugendheime und Jugendlager sowie über die 40stündige Arbeitswoche. Minister Dr. Weizner teilte mit, daß das Ministerium für soziale Fürsorge Maßnahmen zur Erleichterung des Zinsendienstes der Häuser von Arbeitslosen vorbereite und wies auf die wesentliche Erhöhung des Umfanges der Ernährungsaktion für die Arbeitslosen im laufenden Jahre hin. Sein Bericht wurde nach kurzer Debatte mit Zustimmung zur Kenntnis genommen.

Mährisch-Osttraus Voranschlag. Aus M ä h r. O r a u wird uns geschrieben: Der Voranschlag der Stadt Mähr.-Osttrau wurde soeben vom Stadtratsrat genehmigt. Die Ausgaben beziffern sich auf 52.440.000 Kč, die Einnahmen auf 34.427.000 Kč. Von dem Fehlbetrage von 18.012.000 Kč werden 13.200.000 Kč durch Zuschläge gedeckt werden. Bezüglich des ungedeckten Defizits von 4.803.000 Kč wird ein Ansuchen an den Landes-Ausgleichsfonds gerichtet werden. Das außerordentliche Budget weist ein Erfordernis von Kč 13.525.000 aus, von denen 12.000 Kč gedeckt sind. Der Fehlbetrag von 13.513.000 Kč wird durch eine Anleihe gedeckt werden.

Tagesneuigkeiten

Schülertragödie in Trautenau

Bei seiner Großmutter in Trautenau „Zehnhans“ wohnte der 12jährige Bäckersküler **De r t. h o l d F r o n z a**, weil die Not in der achtköpfigen Familie sehr groß war. Fronza galt als fleißiger und guter Schüler. In den letzten Tagen kam er ohne Entschuldigung nicht mehr zur Schule. Dienstag früh besuchten ihn einige seiner Mitschüler, die Fronza mit zur Schule nehmen wollten. Er sagte, daß er nachkommen werde. Die Kameraden verließen ihn und auch er ging einige Minuten später mit dem Schulranzen weg, allerdings nicht zur Schule, sondern auf die Eisenbahnschienen, wo er sich in der Nähe der Wohnung seiner Großmutter, von dem Zuge — der kurz nach 8 Uhr früh von Trautenau nach Alt-Bafa fährt — überfahren ließ. Dem armen Jungen, der die Tat scheinbar aus Furcht vor Strafe beging, wurde der Kopf vom Kumpfe getrennt.

2000 falsche 20-Kronen-Stücke

Die Gendarmerie in Zich hat in Timisch a. d. Adler eine Geldfälscherwerkstätte ausgehoben, in der sie 40.000 Kc in falschen 20-Kronengeldstücken beschlagnahmte. Der Besitzer der Werkstätte, der Eisenbahner **W e n g e l** und dessen Schwiegerohn **V a u e r**, wurden verhaftet. Die Gendarmerie in Semil hatte bereits vor einigen Tagen einen gewissen **V u r i a n e l**, der seit längerer Zeit unter dem Verdachte stand, Falschgeld in Umlauf gebracht zu haben, festgenommen, nachdem sie in seiner Wohnung tatsächlich Falschgeld vorgefunden hatte. **V u r i a n e l** gab an, daß er das falsche Geld von Bauern erhalten hätte und es in Umlauf setzen wollte. Die Gendarmerie konnte die Falschmünzwerkstätte, deren Werkzeuge im **W a l d e** vergraben waren, ausheben und bei dieser Gelegenheit 2000 fertige falsche 20-Kronenstücke beschlagnahmen. Die Geldfälscher besaßen sich außerdem mit der Herstellung von falschen 10-Kronenstücken; die in der letzten Zeit in Gabsburg in Umlauf gesehten falschen 10-Kronengeldstücke dürften ebenfalls aus dieser Quelle herrühren. Die gefälschten Münzen sind technisch gut nachgemacht und nur durch den Klang von echten Münzen zu unterscheiden.

Ein Emigrant verurteilt

In Prag wurde ein 38jähriger Emigrant zu sechs Monaten schweren Arbers unbedingt verurteilt, weil er ein 14jähriges Mädchen unter dem Vorwand, sie zu Gymnasialprüfungen vorzubereiten, zu sich gelockt und geschändet hatte. Der Verurteilte wird nach Abbüßung seiner Strafe aus der Republik ausgewiesen werden.

Diese Meldung wäre zweifellos von allen Rechtsblättern ihren Lesern mitgeteilt worden, wenn es sich um einen Flüchtling aus Deutschland oder Österreich gehandelt hätte. Das Schweigen der nationalen Presse wird aber verständlich, wenn man erfährt, daß der Emigrant aus Rußland kam und ein weißgardistischer Student ist.

Ein neuer Flugzeug-Typ

Gestern vormittag — bei nicht gerade idealem Flugwetter — wurde auf dem Flugplatz von Abeln vor zivilen und militärischen Sachverständigen ein französisches Flugzeug mit luftgetriebenem Motor vorgeführt: ein zweiflügeliger Bergzeit-Flieger, dessen Besonderheit eine starke, in normalen Gang 800 PS leistende **G r o m e - A h o n e - M a s c h i n e** ist, die nicht den üblichen Mäher besitzt, sondern — anjaulend ausgebrüht — born ein Loch hat, durch das die Luft hereinströmt, die dann durch ein einfaches Rohrsystem so um den Motor bewegt wird, daß sie ihn kühlt. Die bekannte französische Pilotin **M a r y H i l z** zeigte mit dieser neuartigen Maschine einige Rundflüge, die besonders durch ihren kurzen Start und ihre präzise Landung Eindruck machten und so der Zweckmäßigkeit des Baus, der Kraft und Verwendbarkeit des Motors das beste Zeugnis ausstellten.

Zigeuner als Raubmörder

K a t t o w i t z, Am 1. September ist auf dem Wege zwischen Ewiduk und Kattowitz ein Geldtransport des Postamtes Blech von mehreren Banditen überfallen worden. Bei dem Überfall wurde der begleitende Polizeibeamte von den Räubern erschossen und der Geldbriefträger so schwer verletzt, daß er später im Krankenhaus starb. Den Tätern fielen etwa 7000 Flot in die Hände. Auf der Flucht stellte sich ihnen ein Pförtner entgegen, den sie gleichfalls erschossen. Am griff die Polizei mehrere Zigeuner auf, die im Kreise Blech verschiedene Einbrüche verübt hatten. Sie gestanden schließlich den Raubüberfall ein. Die Mörder vergaßen fast den ganzen Betrag im Walde, der jetzt von der Polizei auch aufgefunden wurde. — Man nimmt an, daß eine große Anzahl von Mitgliedern der Bande an den Nordbaten beteiligt waren.

Neue Betrugsaffäre in Frankreich

In **P a r i s** ist eine neue Betrugsaffäre aufgestiegen. Die Sozialversicherung wird in Frankreich in Form von Stempeln gezahlt, die in die Büchel der Angestellten eingelebt werden. Es wurde festgestellt, daß der Staat seit dem Jahre 1932 durch falsche Steuerstempel um ungefähre

Die Kriminalität der Jugendlichen

Eine Generationsfrage — Erfreuliche Statistiken

Die furchtbare Wirtschaftskrise, die hunderttausende arbeitender Menschen ihres Erwerbes beraubt und an den Rand des Abgrundes getrieben hat, läßt zu der Annahme verleiten, daß die Kriminalität der notleidenden Schichten gewaltig ansteigt. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die Kriminalität im Gegenteil bewiesen, welche ungeheure moralische **W i d e r s t a n d s f ä h i g k e i t** die schwer heimgegriffene Bevölkerung gegenüber dem erdrückenden Zeileind an den Tag legt. Die allgemeine Kriminalität hat in diesen letzten Krisenjahren keineswegs eine Steigerung erfahren und das Schlagwort von der „steigenden Kriminalität“, mit welchem die reaktionäre Presse ihre offenen und versteckten Angriffe gegen die bescheidenen Ansätze einer sozialen Gerechtigkeit motiviert, ist eine demagogische Entstellung der Tatsachen, zu deren Entlarvung ein Blick in die Statistik genügt.

In diesem Zusammenhang ist das Problem der **J u g e n d k r i m i n a l i t ä t** von ganz besonderem Interesse. Man muß sich die Situation einer Jugend vor Augen halten, die sich nach Absolvierung der Lehrzeit oder Schulzeit vergeblich auf die Stellensuche begibt und zum großen Teil zu unfreiwilligem Müßiggang verdammt ist. Es bedarf keines besonderen Hinweises, wie schwer gefährdet gerade diese Jugend ist. Und doch beweisen die Ausweise der Jugendgerichte, daß die **J u g e n d k r i m i n a l i t ä t** im Jahre 1933, gegenüber 1932 um fast 23 Prozent gesunken ist.

Im Jahre 1933 wurden wegen schwerer Straftaten (Verbrechen und Vergehen) insgesamt 1352 Jugendliche verurteilt, gegenüber 1484 im Jahre 1932, was einen Rückgang um etwa neun Prozent bedeutet. Wegen leichter Delikte (Uebertretungen) wurden nur 6131 Jugendliche verurteilt, gegenüber 7575 im Jahre 1932, also um 1576 weniger. Wie die „Prager Presse“ hinzusetzt, ist der Verlauf im laufenden Jahre 1934, soweit Jiffen vorliegen (d. h. bis September) ebenso günstig. In diesen neun Monaten wurden im ganzen Staatsgebiet nur 20 Jugendliche wegen schwerer Straftaten verfolgt, die bei Erwachsenen vor das Schwurgericht gehören würden.

20 Millionen geschädigt wurde. Die Stempel wurden im Auslande hergestellt und zur Hälfte ihres Wertes verkauft.

Der Rebel als Mörder

L o n d o n. Große Teile von England und Schottland waren am Dienstag den ganzen Tag über in dicke Nebelmassen gehüllt. In Wiltland fanden vier Personen infolge des undurchsichtigen Wetters den Tod, davon zwei bei Kraftwagenunfällen. Die beiden anderen waren Eisenbahnbeamte, die das Herannahen eines Zuges nicht bemerkten und überfahren wurden. In einem Orte in Northamptonshire, wo der Rebel die Eisenbahnschienen schlüpfrig gemacht hatte, setzten sich 20 Eisenbahnwagen in Bewegung, entgleisten und zerstörten die Schranke eines Bahnüberganges. Der Verkehr war einige Zeit gestört. Auf der Höhe von **L o w e s t o f t** ereigneten sich nicht weniger als sechs Zusammenstöße von Schiffsdampfern, doch wurde nur Sachschaden angerichtet. Der Eisenbahn- und Schiffsverkehr war in verschiedenen Teilen des Landes durch die undurchdringlichen Nebelmassen überaus stark behindert.

Sozialdemokratischer Verteidiger nach Berlin

B e r n. (S.A.) Die sozialdemokratische schweizerische Presse berichtet, daß der Rechtsanwalt **D r. J o h a n n e s H u b e r** aus St. Gallen, der Präsident des Schweizerischen Nationalrates, die Verteidigung des am kommenden Dienstag vor dem Berliner Volksgerichtshof erscheinenden **K u r t L i e b e r m a n n** übernommen habe, der seinerzeit von der holländischen Polizei an Deutschland ausgeliefert worden ist. Er wurde zusammen mit 25 Mitgliedern einer illegalen sozialistischen Arbeiterpartei wegen versuchten Hochverrats angeklagt.

Die Leiche auf dem Waggondach

P a r i s. Als ein Zug aus Quimper auf dem Pariser Montparnasse-Bahnhof eintraf, bemerkte man auf einem Dach die Leiche eines Reisenden, dessen Kopf zerquetscht war. Es stellte sich heraus, daß der Reisende während der Fahrt mit einem Kontrollbeamten in Streit geraten war, als er aufgefordert wurde, eine von ihm zerbrochene Kofferhülle zu bezahlen. Er hatte sich darauf auf das Dach des Eisenbahnwagens zurückgezogen. Bei einer Tunneldurchfahrt wurde ihm der Kopf zerquetscht.

„**D r e i v o n H i t l e r !**“ Aus **S a a r b r ü c k e n** wird uns berichtet: Am Samstagabend hatte das längst gleichgeschaltete Saarbrücker Stadttheater einen für die braune Front bestimmten großen Tag. Man gab Schillers „**W i l h e l m T e l l**“, in der Erwartung, daß die zündende Empörung wider Tyrannenmacht ein gutes Propagandamittel im Abstimmungskampfe sei. Vielleicht sollten sich die guten Hörer unter Gespöcher **H e r r n A n o r** vorstellen. Es kam nicht ganz so, wie die

Freilich darf ein gewichtiges Moment nicht außer acht gelassen werden. Die Jugendgerichte haben über Delikte jugendlicher Personen bis zum vollendeten achtzehnten Lebensjahr abzurufen. Im wesentlichen rekrutieren sich also die vor dem Jugendgericht Angeklagten aus der Altersgruppe von 14 bis 18 Jahren, also für das Jahr 1933 aus den zwischen 1915 und 1919 Geborenen. Diese Geburtsjahrgänge umfassen aber

die zahlenmäßig dezimierte Kriegsgeneration. Nach den Volkszählungsergebnissen von 1930 wies gerade diese Jahrgänge einen außerordentlichen **G e b u r t e n r ü c k g a n g** auf. Im Jahre 1914 wurden im heutigen Staatsgebiet unserer Republik 129.462 Kinder geboren, im folgenden Jahr (1915) nurmehr 97.507, im weiteren Kriegsjahr 1916 nur 67.324, im Jahre 1917 nur 59.658 und 1918 gar nur 56.365. Erst im Jahre 1920 erhob sich die Geburtenziffer wieder auf 126.661. Es ist daher in Betracht zu ziehen, daß die Jahrgänge, die der Jugendgerichtsbarkeit derzeit unterliegen, zahlenmäßig weit schwächer sind als die vorhergehenden und die nachfolgenden.

Das Sinken der Jugendkriminalität ist also zum Teil bevölkerungspolitisch bedingt, weshalb auch mit einer automatischen Steigerung dieser Jugendkriminalität zu rechnen ist, wenn die zahlenmäßig doppelt so starken Nachkriegsjahrgänge nachrücken werden.

Trotzdem ist die Jiffer der jugendlichen Straffälligen außerordentlich günstig. Im Volkszählungsjahr 1930 wies die Gruppe der damals 5—14jährigen (also eben jener Generation, die heute der Jugendgerichtsbarkeit unterliegt) gegenüber 1921 im gesamtstaatlichen Durchschnitt ein Minus von etwa 16 Prozent auf. Wenn nun die Kriminalität dieser Jugend ein Sinken von 23 Prozent verzeichnet, so beweist diese Ziffer, daß, abgesehen von den bevölkerungspolitischen Gegebenheiten, tatsächlich von einem Abnehmen der Jugendkriminalität gesprochen werden kann. Sicher eine erfreuliche Erscheinung und gleichzeitig ein Beweis, daß die von der Reaktion so heftig angefeindete soziale Jugendgerichtsbarkeit sich wohl bewährt.

Arrangure erhofft hatten. Als Tell seinen Dolch gegen den Fronvogt bekannte, rief jemand laut: „**A h t u n g**, **T e l l**, **K o n z e n t r a t i o n s - l a g e r !**“ Bei der großen Schwärze auf dem Hügel und beim letzten Freiheitsbekenntnis (Wir wollen frei sein wie die Väter waren ...) erschollen laute Rufe: „**F r e i h e i t**, **F r e i h e i t !**“ Von oben her kam eine laute und helle Stimme: „**F r e i v o n H i t l e r !**“ Die etwas ängstlichen Theaterbesucher, gute Bürger der Stadt, gutten verwundert umher, aber zu irgendwelchen Gegendemonstrationen kam es nicht.

90.000 haben am 4. November für uns demonstriert. Doppelt soviel werden es sein, wenn unser Wort und unsere Idee weitergetragen werden.

Sorgt für zeitgemäße Propaganda! Kauft und verbreitet das Arbeiter-Jahrbuch 1935!

Auf der Bahnstrecke getötet. Ein schwerer Unfall wurde Mittwoch morgen bei Bannow gemeldet. Auf dem Bahndamm wurde hier ein 22-jähriger Mann tot aufgefunden. Der Leichnam war gräßlich verstümmelt. Wahrscheinlich hat der Unbekannte Selbstmord verübt, indem er sich vor einen aus Auffig kommenden Zug warf. Die Erhebungen der Gendarmerie ergaben, daß es sich um einen Reichsdeutschen **W. R.** handelt, der wahrscheinlich von Bodenbach gekommen war und die Bahnstrecke entlang gegangen sein dürfte. Das Dunkel um den Vorfall wird noch geklärt werden müssen.

Nordversuch an der Mutter und Selbstmord. Am Dienstag brachte ein in der Chemnitzer Westvorstadt wohnender 44jähriger Mann seinen 73jährigen schwer kranken Mutter auf deren Verlangen einen Schuß in die Schläfe bei. Die Frau wurde schwer verletzt. Der Sohn tötete sich dann durch einen Schuß in die Schläfe. Nach vorgefundenen Aufzeichnungen ist die Tat im heiderseitigen Einverständnis geschehen.

Um einen neuen Flugzeug-Schnelligkeitsrekord. Das Ministerium für Flugwesen hat einen Preis von 10 Millionen Francs ausgeschrieben, der dem Konstrukteur eines Flugzeugmotors zufallen wird, mit welchem bis Ende des Jahres 1936 der Geschwindigkeits-Weltrekord auf der geschlossenen Flugstrecke von 10.000 Kilometern aufgestellt wird. Bisher sind Inhaber dieses Rekordes die Franzosen **D o r e t** und **S e b i r i t** mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 149.833 Kilometern.

60 Mann ertrinken? Es werden Befürchtungen geäußert, daß das japanische Schiff „**E i c h u M o r u**“ im Japanischen Meer Schiffbruch gelitten hat. Der Dampfer, der eine Ladung von 3500 Registrierkassen aufweist, hatte 60 Mann Besatzung mit an Bord.

Ernennung eines chinesischen Zeitungsmagnaten. Ungeheures Aufsehen erregt die Ernennung des chinesischen Zeitungsmagnaten **S z i a n g h a i**, des Besitzers der Zeitung „**S h u n p a o**“ und

Hauptaktionärs der „**S h i n t o a n p a o**“. Der **S t a t s - w a g e n** **S z i a n g h a i** wurde in jenseitigen **H a n g h a i** und **H e i n i n g** an der Küste südlich von **S z a n g h a i** von einem mit sieben Räubern besetzten Kraftwagen angehalten. Die Verbrecher erschossen den Kraftwagenführer des Zeitungsbefizers, sowie einen Schulfreund seines Sohnes und verfolgten **S z i a n g h a i** in eine Hütte, in die er geflüchtet war. **S z i a n g h a i** wurde durch sieben Schüsse niedergestreckt. Der Sohn und die Frau des Zeitungsbefizers konnten unterlept entkommen. Eine Niemand trug Verletzungen davon. Die Räuber flüchteten.

Eine seltsame Rundgebung der SA. Eine sehr eigenartige SA-Rundgebung fand am 11. November nachmittags im Berliner Westen statt. Zwei braune Kompanien marschierten mit ihren Führern an der Spitze durch die Straßen, und zwar vor allem über den Kurfürstendamm und fangen immer von neuem ein Lied mit dem Refrain: „**S t e l l t** die **J u d e n** und die **V o n g e n** an die **W a n d**.“ Diese Rundgebung erregte einiges Aufsehen. Das Geschrei gegen die Juden ist ja nicht gerade ungewöhnlich. Man fragte sich aber, welches wohl die Vonges sein könnten, die die SA-Leute jetzt an die Wand stellen wollen. Sollte die Beliebtheit des „**F ü h r e r s**“ und seiner Unterführer bereits so groß geworden sein? (Hadas).

Raubanfall bei Jülich. In Jülichberg wurde am Dienstag ein stark an Südwinterhoden erinnernder Überfall verübt. Als der Ingenieur **D ü r l e r - T o b i e r**, der ein großes Vermögen besitzt, von seiner Villa aus zur Stadt ging, um sein Büro aufzusuchen, wurde ihm von einem Unbekannten von hinten ein Tuch über den Kopf geworfen. Im gleichen Augenblick fuhr ein Kraftwagen heran, und es wurde versucht, den Ingenieur in den Wagen zu drängen. Der Angegriffene wehrte sich jedoch kräftig und es gelang ihm, das Vorhaben der Verbrecher zu verhindern, die darauf das Weite suchten. Die Polizei nimmt an, daß es sich um einen Entführungsversuch handelt, zu dem Zweck, Lösegeld zu erpressen.

Batermord. In der Ortschaft **O l l e r n** im Bezirke **L u l l a** hat die Gendarmerie ein gräßliches Verbrechen aufgedeckt. Der seit Anfang November verschwundene **B i r t s c h a f t s b e s i t z e r A l o i s G a i d o s c h** wurde in der **J a u c h e n g r a b e** seines Anwesens tot aufgefunden. Sein eigener Sohn hatte ihn ermordet, die Leiche in einen Sad eingehüllt und mit Steinen beschwert in der Jauchengrube verfenkt. Der Mörder wurde verhaftet. Er gestand, mit seinem Vater in Streit geraten zu sein, in dessen Verlaufe er mit einer Eisenstange seinem Vater mehrere Stiche über den Kopf versetzte, wodurch diesem der Schädel geschnitten wurde.

Grabschändung. Der Friedhofsgärtner in **A l d r e c h t s d o r f** bemerkte, daß die Schlupfsteine der Gruft der Familie **S i m m** sich nicht in der richtigen Lage befinden. Eine Gerichtskommission aus **G a d l o n g** stellte fest, daß die Gruft zerstört worden war. Während bei der Leiche des Mannes das künstliche Gebiß fehlte, waren die Gebeine der Frau unberührt. Offenbar hatten die Grabschänder die Gebeine des Ehepaares nach **S c h m u d s a c h e n** durchsucht. Die Leichen des Ehepaares ruhen bereits 18. beziehungsweise 26 Jahre in der Gruft.

Geringer „Drang nach Osten“. Die große Aktion für einen Besuch der deutschen Hochschulen im Osten des Reiches, das in vielen Aufstufen „als wirtschaftlich bedroht und gegenüber der andringenden nationalsozialistischen Gefahr“ hingestellt wurde, hat für **W e s t l a n** nur ein sehr mageres Ergebnis gehabt. Im ganzen sind bloß 80 Studenten aus dem übrigen Deutschland nach **S c h l e s i e n** gekommen, um dort das sogenannte **C h e m e s t e r** zu studieren.

Und Goeckels? Aus Halle wird mitgeteilt: Aufgedeckt der Tatsache, daß für die SA der **R a d i o w e i s** **a r t i g e r A b t a m m l u n g** bis zurück in das Jahr 1789 gefordert wird, und die Kriterien dieses der großen Arbeit der Urkundenbeschaffung nicht mehr gewachsen sind, wird jetzt der **S t a d t s u p e r i n t e n d e n t** in Halle ein besonderes reichsständliches Amt zur Erforschung der **e r i s c h e n A b t a m m l u n g** schaffen.

Wetterbericht. Allgemeine Wetterlage **M i t t w o c h** nachmittags: Der **J u l i u s** **w ä r m e r e** Luft aus Südosten gegen **M i t t e l e u r o p a** hat sich wieder veräußert. In **I t a l i e n** und **R u m ä n i e n** wurden nachmittags 16 bis 18 Grad, in **W e i ß r u s s l a n d** und **B ö h m e n** dagegen vielfach weniger als fünf Grad verzeichnet. In der Nähe der **W ä r m e s t e n** bilden sich weitere **T r u d d i n g e n** aus, und zwar besonders südlich der **A l p e n**, wo regnerisches Wetter herrscht. Da die Störungen langsam nordwärts vorrücken, ist die weitere Entwicklung des Wetters in unseren Gegenden unsicher. — **W a h r s c h e i n l i c h e s** **W e t t e r** **D o n n e r s t a g**: Im Südwestteil der Republik Wetter unsicher, allmähliche Verschlechterung, in den Niederungen etwas wärmer, streichweise etwas Regen. Im übrigen Gebiet kein wesentliche Änderung. Allgemeiner **S i d**, bis **S ü d - o s t r e i c h**.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen

F r e i t a g:
F r a g, **S e n d e r** **9**: 10.05 Deutsche Nachrichten, 10.30 Schulfunk, 13.35 Arbeitsmarkt, 13.45 **C h a n - s o n**, 15.55 **O r d e r** **f o n z e r t**, 16.45 **N i c h e m i c h** **f ü r** **d e u t s c h e** **H ö r e**, 17.00 **U n d** **H i e r** **Q u a r t e t**, 18.20 **D e u t s c h** **S e n d u n g**: **B e g r ü ß u n g** **d e r** **J u n g a u s t e l l u n g** **d e s** **d e u t s c h e n** **R a d i o k l u b s** **i n** **B o d e n b a c h**, 18.45 **A r - b e i t e r s e n d u n g**: **V i n e t t e** **z e h n** **M i n u t e n**, 19.10 **G e - l a n g s q u a r t e t**, 22.15 **T a n z m u s i k**, **S e n d e r** **9**: 14.25 **S c h a l l p l a t t e n**, 15.05 **f ü r** **d i e** **F r a u**, 15.55 **D e u t s c h e** **P r e s s e**. — **B r ä n n**: 18.20 **D e u t s c h e** **S e n d u n g**, **S p o r t - b e r i c h t**. — **M ü h r - O k t r a n**: 12.35 **O r d e r** **f o n z e r t**, 18.20 **D e u t s c h e** **S e n d u n g**: **M a r**: **V o n** **f r ü h** **10** **a b e n d s**.

Die Habsburgergesetze

(Von besonderer Seite)

Man muß unterscheiden: Das Gesetz, womit die Habsburger in Oesterreich des Landes verwiesen worden sind, und das andere, das das Vermögen der Habsburger dem neuen Staat Oesterreich und den österreichischen Opfern des Weltkrieges zupricht.

Es ist klar, daß die Aufhebung des Landesverweisungsgesetzes eine Sache ist, die nicht Oesterreich allein angeht. Denn die Habsburger in Oesterreich sind der erste Schritt zu einem ernstlichen Versuch der Wiederaufrichtung einer habsburgischen Macht im Donauraum und darüber hinaus. Zusammen mit der Rückgabe des habsburgischen Vermögens bedeutet ihre Rückkehr zunächst die Schaffung einer mit reichen Geldmitteln ausgestatteten Agitationszentrale, die von Oesterreich selbst aus die Restauration betreiben kann und wird.

Das Verlangen der Vermögensrückgabe wird auf juristischen und moralischen Argumenten aufgebaut; es hat für Oesterreich natürlich auch eine überaus bedeutende finanzielle Seite. **Formaljuristisch** sind die „Habsburger Gesetze“ durchaus einwandfrei fundiert, denn sie sind gemäß einer Verfassung beschlossen worden, die selber in einer jeden Zweifel ausschließenden rechtmäßigen Weise zustande gekommen ist. Zur Erörterung der moralischen Berechtigung muß etwas weiter ausgeholt werden. Sie ist durch die Tatsache gegeben, daß das verantwortliche Haupt der habsburgischen Familie, das nach der damaligen Verfassung die alleinige Entscheidung über Krieg und Frieden hatte, 1914 den Krieg begonnen hat, obwohl er hätte vermeiden werden können. Dafür bestehen die unwiderleglichen, allemöglichen Beweise. Zunächst die Protokolle der Ministerratssitzungen vom 7. Juli und vom 19. Juli 1914. Zu letzterem wurde das berühmte „Ultimatum“ an Serbien beschlossen, mit dem Ziele, seine Annahme Serbien unmöglich zu machen. Trotzdem war Serbiens Antwort so entgegenkommend, daß selbst Oesterreichs treuester Verbündeter, Wilhelm II., erklärte, es erfolge jetzt jeder Grund zu einer Kriegserklärung. Man hätte nun in ausföhrlicher Weise verhandeln können. Gleichwohl wurde die Antwort als nicht genügend bezeichnet. Der ungarische Ministerpräsident, Graf Tisza, war damals (aus welchen Gründen immer) Gegner des Krieges. Er wurde überstimmt und an die Wand gedrückt. Die naive Ungläubigkeit der Rathgebenden hoffte zunächst, Rußland werde Serbien allein lassen. Die Erklärung Serbiens, es sei bereit, die Lösung der Angelegenheit, falls die Wiener Regierung durch seine Antwort nicht befriedigt sein sollte, dem internationalen Schiedsgericht in Haag oder den Vermittlungsstaaten zur Entscheidung vorzulegen, wurde einfach ignoriert. Man wollte den Krieg. „Wenn die Monarchie schon zugrunde gehen soll“, sagte Franz Josef zum Generalstabschef Conrad, „so soll sie wenigstens ehrenvoll zugrunde gehen.“ Das heißt, es sollen Millionen Untertanen des habsburgischen Reiches zum feierlichen Finale seiner unermesslichen Tragödie „Lapfer“ geopfert werden, wie etwa ein Dynast der mesopotamischen Antike in sein pompöses Grab seine Gefolgsleute mitnahm, die zur Leichenfeier getötet worden waren. Von den Mitgliedern der Dynastie selbst ist nicht eines auch nur bezwungenet worden, wohl aber haben die Frauen der eingekerkerten Erzherzoge die Frauen-Kriegszulage bezogen.



Venedig unter Wasser

Infolge eines heftigen Sturmes ist die Lagunenstadt zum großen Teil überschwemmt. Namentlich der Marktplatz gleicht einem See und wird von Gondeln und Motorbooten befahren. Er befindet sich in dem gleichen Zustande wie bei der Ueberschwemmung im Jahre 1931, von der hier ein Bild wiedergegeben ist.

Auf Grund der Falschmeldung, daß die Serben bereits die Feindseligkeiten eröffnet hätten, erfolgte am 28. Juli von seiten Oesterreich-Ungarns die Kriegserklärung, obwohl jene Falschmeldung noch rechtzeitig als unrichtig erwiesen worden war. Man nahm dies einfach nicht zur Kenntnis. Am 30. Juli überbrachte der deutsche Votschafter Tschirsky den Vermittlungsvorschlag der englischen Regierung (Edward Grey), England, Deutschland, Frankreich und Italien sollten zu einer Konferenz zusammenreten, um den inzwischen selbstverständlich entstandenen Streit zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn zu schlichten, eine „Vermittlung à quatre“. Edward Grey hatte noch persönlich beigefügt, daß Oesterreich-Ungarn jede Genugtuung verschafft und die Serben auf alle Fälle „gezügelt“ werden sollten. Der deutsche Reichskanzler Bethmann-Solweg rief „dringendst und nachdrücklich“ zur Annahme dieser Vermittlung. Vergebens, die Kriegshäher setzten sich in Wien durch. Man hatte es mit der Ablehnung des englischen Vorschlages sehr eilig. Sie erfolgte noch am 30. Juli selbst. Diese Tatsache genügen wohl zur moralischen Begründung der Habsburger-Gesetze.

Erinnert man sich aber nicht auch unwillkürlich daran, wie viele Vermögen die Habsburger

im Laufe ihrer Herrschaft, zum Beispiel nach 1620 oder 1848/49, jenen konfiszierten, die ihnen im Kampfe um altertümliche Rechte erlegen waren?

Ganz naiv ist es, die Habsburger-Gesetze vom Mitleidsstandpunkt her anzugreifen. Die „arme kaiserliche Familie“ hat sowohl in Spanien wie in Belgien eine recht hübsche Hofhaltung geführt und führt sie noch. Eine dementsprechende Anzahl von Domestiken sorgte und sorgt für das leibliche Wohl, es gab und gibt Erzieher (deutschesprachige und ungarische), und einen kleinen Lehrkörper (vielleicht auch Lehrer für slavische Sprachen), es gab und gibt „Empfänger“, es gab „diensttunende“ Adelsherren, es wurden und werden Reisen unternommen etc. Kindliche Menschen haben in Oesterreich Wädhelnde und Kleider für die „armen kaiserlichen Kinder“ gesammelt. (1) Eine nicht sehr hübsche Form habsburgischer Propaganda.

Und schließlich die finanzielle Seite der ganzen Angelegenheit, wie sie sich für Oesterreich darstellt. Der arme österreichische Staat mit seinem Haushaltsdefizit von 145 Millionen Schilling soll den Habsburgern ungeheurer Vermögenswerte in Geld, Realitäten, Kunstwerten und Kostbarkeiten herausgeben! Da erübrigt sich wohl jedes weitere Wort. (S. B.)

Labour Party sichert Sauberkeit

Im Zusammenhang mit den letzten Londoner Gemeindevahlen, die der Herrschaft der Arbeiterpartei nicht nur die Mehrheit in der Grafschaft, sondern auch in der Mehrheit der Gemeinden begründete, hat die Partei umfangreiche Weisungen an die neugewählten Gemeindevorsteher herausgegeben. Diese Richtlinien enthalten auch Kapitel über Personalpolitik und Vergütung von Arbeiten, die im folgenden auszugsweise wiedergegeben werden:

Es ist absolut unzulässig, daß Mitglieder des Rates intervenieren, um einzelnen Personen Stellen zu verschaffen. Sollte ein Mitglied diese Anordnungen mißachten; würde er den Ruf der Partei schädigen und sich nicht nur strenger Maßregelung aussetzen, sondern auch der Einseitigkeit würde ihm entzogen werden. (Das ist fast einer Ausschließung gleichzusetzen.) Die Personalpolitik darf von keinen anderen Mitgliedern als von denen der Eignung der Kandidaten für einen Posten beherzigt werden. Die Bestellung von Verwandten der Ratsmitglieder auf Posten, über die der Rat zu entscheiden hat, ist, selbst wenn die Qualifikation gegeben ist, möglichst zu vermeiden. Ein Ratsmitglied kann einen von der Gemeinde zu vergebenden Posten nur dann bekleiden, wenn zwischen seiner Amtstätigkeit und dem Antritt des Postens mindestens 3 Monate liegen. Absendenden und Besendenden eines Ratsmitgliedes können weder einen Posten bekleiden, noch direkt oder indirekt Lieferungen erhalten oder Arbeiten für die Gemeinde ausführen.

Die Ratsmitglieder müssen besonders darauf achten, von Lieferanten der Gemeinde unabhängig zu sein. Sie sind zehn Schritte vom Leibe zu halten. Ratsmitglieder, die an den vom Rat verhandelten Angelegenheiten ein materielles Interesse haben, müssen den Rat, beziehungsweise seine Komitès davon verständigen und dürfen an den Verhandlungen nicht teilnehmen.

Die Labour Party geht, wie man sieht, an die Neuordnung der Gemeindevverwaltung nicht nur mit einem neuen kommunalpolitischen Programm, sondern auch mit Grundfragen, die jeden Verdacht einer Günstlingewirtschaft von vornherein beseitigen. —b.

Schuschnigg-Justiz

Ein Kind zu vierzehn Tagen Arrest verurteilt

In der Wohnung eines bekannten Wiener Rechtsanwaltes wurde vor einigen Tagen ganz plötzlich eine Hausdurchsuchung vorgenommen, die aber keinerlei belastendes Material ergab. Trotzdem wurden alle vier Kinder des Rechtsanwaltes verhaftet. Die älteste Tochter, die in acht Tagen ihr letztes Rigorofum hätte machen sollen und dann in die Ränge des Raters eintraten wäre, erhielt 4 Wochen Arrest, womit sie automatisch von der Universität relegiert ist, wodurch ihre Existenz vollkommen zerstört wird. Die zweite Tochter, die an der Dehmit studiert, bekam 14 Tage Arrest und wird ebenfalls relegiert; daselbe Strafmaß wurde dem Sohn zudiktet. Das Aufreißende ist aber noch, daß auch über das vierte Kind, ein noch nicht fünfzehnjähriges Mädchen, ebenfalls ein Strafmaß von 14 Tagen Arrest verhängt wurde. Dabei ist bis heute nicht herauszubekommen, welches eigentlich der Tatbestand der angeblichen „Verbrechen“ der vier Kinder ist. So sieht heute Recht und Gerechtigkeit in Oesterreich aus.

Die Prostitution in Japan

Von S. Brauner

Der Begriff „Japan“ ist für den Europäer mit einer ganzen Reihe scheinbar bestimmt unrichtiger, im Grunde genommen jedoch ziemlich oberflächlicher Vorstellungen verbunden. Trotzdem es sich um ein Land handelt, dessen Namen gerade jetzt auch den breitesten Schichten geläufig ist und dessen imperialistische und in jeder Beziehung „moderne“ Methoden die ganze Kulturwelt in Atem halten, spricht man von Japan noch immer wie von einem Märchenlande, von dem Lande der Kirischilde, der aufgehenden Sonne, spricht von den romantisch-abenteuerlichen Teekäusern mit ihren anmutigen, ewig lächelnden Geislas und bewundert die eigenartige japanische Kunst. Man weiß, daß Japan eine in europäisch-amerikanischem Sinne aufgemachte Großmacht ist, daß die japanischen Kergle und Ingenieure ihren Vorfahren in keiner Beziehung nachsehen, ja dieselben mitunter sogar übertreffen. Und daß Japan die „gelbe Gefahr“ ist.

Aber nur sehr wenig wissen wir von den Freuden und Leiden des japanischen Volkes, vom Leben und Treiben der „Mühseligen und Beladenen“ dieser Macht.

Einen geradezu erschütternden Einblick in die Not der arbeitenden Bevölkerung Japans gewähren uns die Ergebnisse einer Untersuchung über die Prostitution in Japan, die von den dort tätigen christlichen Missionen unter Benutzung amtlichen Materials vorgenommen wurde. Diese Tatsachen kennzeichnen besser als Millionen trockener Zahlen den Lebens im modernen Japan.

Das Material umfaßt Angaben über etwa 50.000 Prostituierte, die sämtlich in den Polizei-

kommissariaten jener Bezirke registriert werden, in denen sich Freudenhäuser befinden. Die polizeiliche Registrierung erfolgt in folgender Weise: Der Besitzer oder ein Angestellter des Freudenhauses erscheint auf dem Kommissariat in Begleitung der Anwärterin auf das Prostitutionsgewerbe. Die Polizei nimmt die ärztliche Untersuchung der Kandidatin vor und registriert hierauf einen offiziellen Vertrag zwischen den erschienenen Parteien, wobei jedoch diese Eintragung in einer ganz eigenartigen Form erfolgt. Das japanische Gesetz reißt nämlich in heuchlerischer Weise derartige Vereinbarungen nicht in die Kategorie von Käufen und Verkäufen ein (als welche sie im Grunde genommen anzusehen wären), sondern in diejenige von Schuldverhältnissen. Deshalb lautet der Vertrag zwischen dem Mädchen und dem Besitzer des Freudenhauses wie folgt: „Wir erhalten von Ihnen leihweise . . . Yen zu zwölf Prozent Jahreszinsen, weil es unmöglich ist, Geld von irgendeiner anderen Stelle als nur von Ihnen zu erhalten. Auf Grund der Kontrollvorschriften für Prostituierte muß dieser Betrag bis zum . . . zurückgezahlt werden.“ Es folgen dann die Unterschriften des Mädchens und ihres Vaters beziehungsweise Vormundes oder des das Mädchen verlaufenden Verwandten.

Außer diesem Vertrage über den Verkauf des Mädchens an das Freudenhaus werden noch einige ergänzende Verträge gleichzeitig geschlossen. In einem dieser Verträge verpflichtet sich der „Schuldner“, also das Mädchen, dem „Gläubiger“, d. h. dem Inhaber des Freudenhauses, die auf die Schuld entfallenden Zinsen regelmäßig und pünktlich zu zahlen, sowie die Schuld selbst innerhalb einer bestimmten Zeit zu tilgen. Ein weiteres Dokument wird von drei „Bürgen“ unterfertigt. Darin heißt es, daß die Prostituierte gemäß den Vorschriften und Bestimmungen des „Verbandes der Bordellbesitzer“ (in Japan existiert ein solcher Verband!) handeln wird, daß der Vertrag

auf sechs Jahre lautet, daß die an die Prostituierte von jedem Gast zu zahlende „Entschädigung“ in Höhe von zwei Yen wie folgt verteilt wird: die Hälfte erhält der Besitzer für Zimmer, Fisch und Wein; ein weiteres Viertel erhält derselbe Besitzer für die Benutzung von Tisch und Bett. Es verbleiben somit 4 Yen, welcher Betrag eventuell ebenfalls zur Abtragung der Schuld eingesetzt wird. Schließlich wird noch ein weiterer Vertrag geschlossen, demzufolge die Prostituierte für die ihr zur Verfügung gestellten Kleidungsstücke und sonstige herfürliche Ausstattung mit einem bestimmten Betrag haftet, der allmonatlich zu Lasten ihres Kontos gebucht wird. Solange die Schuld nicht getilgt ist, verbleiben sämtliche Kleidungsstücke und das sonstige Eigentum des Mädchens als Pfand beim Vordellbesitzer. Nach Ablauf der Vertragsfrist ist das Mädchen zum Verlassen des Hauses berechtigt, muß jedoch vorher die eventuelle Schuld an den Vordellbesitzer bezahlen. Ist sie dazu nicht imstande, muß sie bis zur vollständigen Tilgung der Schuldentlastung im Hause verbleiben und weitere Dienste leisten. Der Vertrag ist derartig abgefaßt, daß die Schuld des Mädchens sich nicht nur nicht verringert, sondern im Gegenteil von Monat zu Monat wächst. Der Vordellbesitzer ist daher in der Lage, die Aufenthaltsdauer des Mädchens in seinem Institut nach Belieben zu verlängern. Allerdings bestimmt das Gesetz, daß dem Wunsch des Mädchens nach Verlassen der Arbeitsstelle keine Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen und daß die Prostituierte aus den polizeilichen Registern gestrichen werden, sobald die Polizeibehörden ihr das Verlassen des Hauses gestatten. In Wirklichkeit wird jedoch diese Frage ganz anders gelöst. Die Prostituierte muß nämlich persönlich auf dem Kommissariat erscheinen und ihre Entlassung aus dem Bordell beantragen. Die erste Frage des Polizeibeamten lautet aber: Wie steht es mit deiner Schuld? — Ist die Schuld noch nicht beglichen, so läßt die Polizei den Vordell-

besitzer rufen und überliefert das Opfer den Krallen des „Gläubigers“.

Auf dem Papier genießt die Prostituierte überhaupt eine Menge von Rechten (Briefwechsel, Besuche von Freunden usw.). In Wirklichkeit aber ist sie eine Gefangene, ist von der Außenwelt vollständig abgeschnitten und wird sogar im Falle von Krankheiten in ihrer Familie nicht aus dem Hause gelassen, weil man ihre Flucht befürchtet. Nur in seltenen Ausnahmefällen wird sie für ganz kurze Zeit nach Hause entlassen und auch dann nur in Begleitung einer Vertrauensperson, die alle erdenklichen Maßnahmen zur Verhütung einer eventuellen Flucht trifft. Hinzu kommen noch zahlreiche polizeiliche Beschränkungen: die Prostituierten dürfen sich nicht außerhalb der für die Freudenhäuser bestimmten Bezirke aufhalten und wohnen, dürfen sich in den anderen Bezirken nicht zeigen u. dgl.

Interessant ist die soziale Zusammensetzung der Arme der japanischen Prostituierten. Unter rund 18.000 Prostituierten, bei denen man die entsprechenden Feststellungen machen konnte, waren 3463 Kellnerinnen, 2875 Hausangestellte, 1797 Fabrikarbeiterinnen, 433 Tagelöhnerstöchter, 323 Fischerstöchter, 140 Friseurinnen, 136 Schneiderinnen, 8623 Töchter von Bauernpächtern, 1607 Geislas (Sängerinnen und Musikerinnen) usw.

Es ergibt sich daraus, daß die werktätigen Klassen aus Stadt und Land diese „lebende Ware“ an die Freudenhäuser liefern.

Bezeichnend sind auch die Gründe, die die japanischen Mädchen der gewerbmäßigen Anzucht antreiben. In der Stadt Osaka gaben 809 Prostituierte folgende Gründe an: 44 Prozent — Armut, 20 Prozent Tod oder Krankheit der Eltern, 18 Prozent — Notwendigkeit der Unterstützung der Familie und 18 Prozent — Schulden.

PRAGER ZEITUNG

Ein Schwindler gefasst. In den letzten Monaten suchte die Bezirke rund um Prag der 44-jährige Franz Vladimír Kobilík auf, wo er sich den Bewohnern als Ingenieur oder Besitzer der Firma Motor-Union vorstellte. Er gab auch an, für die Firma Sif in Prag III, Břehrdova ulice, zu reisen. Er nahm von den aufgeschreckten Personen auf betrügerische Weise Bestellungen auf landwirtschaftliche Maschinen, weiter auf Räder, Grammophone, Nähmaschinen usw. entgegen. Die Geschädigten werden aufgefordert, über ähnliche Bestellungen bei der nächsten Gendarmeriestation oder politischen Behörde die Anzeige zu erstatten. Kobilík, der 170 Zentimeter hoch ist, blaue Augen, kastanienbraune Haare hat, befindet sich zur Zeit in der Haft des Bezirksamtes in Kladno, wohin ihn der Ulfinkwitzer Gendarmerieposten eingeliefert hatte.

Der erste Ski-Sonderzug. Die Staatsbahndirektion in Prag expediert den ersten Ski-Sonderzug ins Riesengebirge in den Tagen vom 7. bis 9. Dezember d. J. Fahrpreis Kč 142.— inbegriffen beide Fahrten, Autobusfahrt, Verköstigung und Wohnung, Unfallversicherung und Führer. Anmeldungen mit Angabe von Kč 20.— nimmt das Ausflugsreferat (Basar neben dem Wilsonbahnhof, Telefon 33335) entgegen.

Zwischen dem virtuosen Aufbau der drei Lebensbilder standen mancherlei beachtliche gesellschaftskritische Aperçus. Zwei seien festgehalten —
Kants großer Irrtum: die Einseitigkeit der Sittengesetze. Hier gilt der Mord als ethisch, dort ist er als unethisch verdammt. Der erdöndt lakvoll nur den Willen, der sein Kalbe erschlagener Feinde am Gürtel haben muß, ehe er in die Stammesgemeinschaft aufgenommen wird und verniedert näherliegende Vergleiche. Weiter: die Anekdote von der Erschaffung der Welt. Ein schiedbar höchst kostspieliger Entwurf wurde projektiert — es war der Plan von der heutigen vielgestaltigen Erde. Gestirnis bedeutete dem Verfasser, daß er keine Aussicht habe, mit seinem Entwurf durchzukommen. Er wäre viel zu teuer. Trotzdem wurde der Entwurf akzeptiert, denn sein Autor hatte noch einen Vorteil mit folgendem Inhalt beigelegt: „Diese Welt kostet gar nichts; sie erhält sich dadurch, daß ein Wesen das andere auffrischt!“

Pierre.

„Erziehungs- und Propagandamittel der Gegenwart“

Ein kulturpolitischer Kursus des Bezirksbildungsausschusses der DSDM in Prag

Heute, Donnerstag, halb 8 Uhr im Parteihaus, Národní tř. 4, erster Abend: Die Schule als Grundlage der Volkserziehung
Vortragender: Prof. Paul Fürstena (Reichenberg).

Kunst und Wissen Aufnahmsprüfungen fürs Theater

Gestern nachmittags fand in der Meinen Bühne wieder eines jener nicht durchaus erquicklichen und doch so notwendigen Vorgesprächen und Vorfängen zumeist ganz junger Menschen statt, deren Eignung für den Bühnenberuf so festgestellt werden soll und muß. Etwa zwanzig Jünglinge, junger Mädchen und junger Frauen, hatte die Prüfungskommission unter dem Vorsitz Direktor Dr. Eger zu beurteilen. Etwa die Hälfte der Prüflinge ist derzeit schon im Engagement an einem sudetendeutschen Provinztheater, aber kaum ein halbes Duzend von ihnen ist in jeder erforderlichen Hinsicht genug begabt, höchstens zu fünf oder sechs könnte man, wenn man mitzuentcheiden hätte, verantwortungsbewußt Ja sagen. Jergendein Talent hat wohl jeder und jede. Da ist eine schöne große lyrische Baritonstimme, deren Träger aber kaum die anderen Voraussetzungen zur Bühnenlaufbahn mitzubringen scheint; da singt einer der wirklich so selten echten Bässe mit zweifellos bildungsfähigem Material — ja aber es sollte doch schon gebildet sein, ehe es berufsmäßig eingesetzt wird! Da ist eine demaische Sängerin mit großem Organ und zweifellos schauspielerischer Begabung — aber sie berrät ein Naturdefizientum, dem sich keine Bühne ohne weiteres anvertrauen würde. Ein junger Mann, der beiseitfalls eine bescheidene Spiel- aber nicht die geringste Gesangsbegabung hat, will als Sänger starten. Schiller wird von einer vielleicht brauchbaren Nebensoubrette deklamiert. Die Prüfungskommission hat es nicht leicht. Entweder sie spricht dort, wo es ihrer Überzeugung entspricht, ein Nein aus — und dann bringt sie in vielen Fällen Menschen um Brot, Arbeit und Hoffnung; oder sie sagt, um das hintanzubalten (und um nicht ein Theater im selben Augenblick sogar um mehrere Mitglieder zu bringen) aus sozialen Gründen Ja, und dann fördert sie das, was zu vermeiden ihr Zweck ist: Senkung des Kunstniveaus und überflüssiges Mehrangebot. Kein Mensch kann da sagen: „Hier fragt sich nach der Kunst allein!“ Aber doch vor allem. Und es wird wohl das einzig Richtige sein, wenn in allen Fällen erst die Prüfungskommission gebildet wird, bevor Direktoren den Anwärtern auch nur einen vorläufigen Vertrag geben.

Unter den sicherlich positiv Abzählenden ist vor allem namentlich Herr Kapeř Glabíč vom Gablonzer Stadttheater zu nennen, ein jugendlicher Heldenmännchen mit blühenden, selten schönen und großen Stimmitteln. Kaum hat er zu singen begonnen, verhandelt sich die Prüfungsausschuss fühlbar in Opernhausstimmung. Fräulein Liefelotte Göttinger vom Brüxer Stadttheater spricht wirkungsvoll die Schillerische Elisabeth und erweist Sprachtechnik, Kraft und schauspielerische Begabung. Auch der zwingende Ausdruck Fräulein Dorris Thalová vom Brüxer Stadttheater, Herr Koberer Koblner von Gablonz, und insbesondere Edith Kofcherová lassen Talente erkennen, deren Zurückstellung vielleicht wirklich einen Verlust für die Bühne bedeuten könnten. Erwähnenswert ist auch jenes Fräulein Ma n d i č, das bei einem Casspiel im Prager Deutschen Theater unlängst böse verjagte, gestern aber als „Salome“ Sprecherin zweifelloser Begabung betrieff, wenngleich vermutlich auch nur für ein eng umgrenztes Gebiet.

Man hat als Beobachter durchaus den Eindruck, daß die Theaterfachleute, die diese Kommission bilden, verantwortungsbewußt und aus siche-

rer Sachkenntnis zu ihren Urteilen zu gelangen suchen. Obwohl also ausgesprochene Fehlurteile kaum über das Maß hinaus, was durch menschliches Jüten eben nirgends verkleinert werden kann, vorkommen dürfen, muß doch als befremdlich vermerkt werden, daß diese Prüfungskommission absolut „männlich“ ist, obwohl es sich doch um einen Beruf handelt, der ebenso stark von Frauen betreibt wie von Frauen beurteilt wird.

L. G.

Drei große philharmonische Konzerte finden auch in dieser Spielzeit im Neuen Theater statt, darunter als Bellini-Feier ein Konzert unter Leitung Raetzko Molinaria, des weltberühmten italienischen Dirigenten. Die beiden anderen Konzerte leiten Georg Széll und Frisk Jwoig. Außerdem finden sechs Konzerte zu volkstümlichen Preisen im Deutschen Haus statt, und zwar das erste: Ein Johann, Josef und Richard Strauß-Abend am Mittwoch, den 21. November, abends 8 Uhr, unter Leitung von Széll. Beim zweiten Konzert gelangen Symbonien von Mozart und Schubert und das Klavierkonzert Es-Dur von Beethoven zur Aufführung. Solist: Prof. Franz Wagner (Karlsbad). Bei einem der nächsten Konzerte werden mehrere heimische Komponisten zu Worte kommen.

Arbeiterdarstellung „Zwei Witwen“, komische Oper von Smetana, am Sonntag, den 18. November, um halb 3 Uhr nachmittags im Neuen Deutschen Theater. Karten täglich von 8—4, 2—6 bei Optiker Deutsch, Graben, Skocna.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag 7½: Don Carlos, E. L. — Freitag 7½: Giuditta, D. L. — Samstag 7½: Nacht vor dem Ultimo, E. L.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag 8: Fremdenverkehr. Freitag 8: Fremdenverkehr. Kulturverbandsfreunde und freier Verkauf. — Samstag 8: Hoch klingt das Lied vom braven Mann.

Sport • Spiel • Körperpflege

Exhibition der Tischtennis-Sparte Atlas Prag in Auffig

Anlässlich des Klubkampfes Verchenfeld gegen Auffig trat Genosse Charvat von der Tischtennis-Sparte Atlas Prag zu einem Exhibitionskampf gegen die sieben besten Spieler an und schlug alle je 2:0. Mit diesem großen Erfolg begann für die Prager Atlas-Tischtennis-Sparte die neue Saison, in welcher ihr die große Aufgabe zuteil wird, durch Reisen in die Provinz diese Sportart im Atlas zu propagieren. Wenn die Erfolge immer so bleiben, wie es diesmal war, dann ist mit Sicherheit mit einem guten Gelingen zu rechnen.

Weltmeister Italien — ungekrönt

England liegt 3:2 (3:0)

Mittwoch fand in London dieser Fußball-Länderkampf der beiden Staaten statt. Italiens faszinierender Sport pochte an das Inselreich, um seinen in Rom bei der Weltmeisterschaft erzwungenen Weltmeistertitel vollends zu krönen. Die italienischen Fußballer fanden schon seit Wochen in einem speziellen Training und „Diktator“ Pozzo erklärte, daß die elf Fußballspieler ihr Bestes hergeben werden, da die Augen des Duce und der gesamten Nation auf sie gerichtet seien —! Und das heißt auf gut deutsch: kämpfen bis zum letzten Augenblick und Atemzug. Selten wurden wohl im bürgerlichen Sportleben derartige „Anfeuerungsmitel“ angewendet — das bedeutet nicht mehr friedlicher sportlicher Wettkampf mit dem Ergebnis, daß der Bessere siegt, sondern in diesem „Kampfe“ kam das ganze bürgerliche System der imperialistisch-fascistischen Ideologie zum Durchbruch. Und unter diesen Gesichtspunkten muß man das Ergebnis dieses Länderkampfes betrachten. Der fascistische Sport Italiens erlitt seine erste und entscheidende Niederlage. Sein System und seine Ideologie fanden in England ein Hindernis, das zu nehmen nun mißlungen ist, trotz „Duces Augen“... Die bürgerlichen Zeitungen lehrten schon seit Wochen und Tag dieses „große Ereignis“ — und gingen mit den Italienern als den „Vertretern des Kontinents“ — unbescheiden davon, daß diese Fascisten sind... Zum Spiel selbst wäre zu sagen, daß das englische Team selbst Arsenalspieler aufwies, in der ersten Halbzeit innerhalb zwölf Minuten drei Tore schoß und überlegen war. Nach der Pause kamen die Italiener, als England die Chance eines Eifers vergeben hatte, langsam auf und schossen ihrerseits zwei Tore.

Einheit im Saar-Arbeitersport
Nach langen Verhandlungen und Veranstaltung gemeinsamer Kundgebungen mit der Freiheitsfront des Saargebietes ist nunmehr auf einem gemeinsamen Kongress die Verwirklichung der sozialdemokratischen Sports- und Kulturorganisationen mit dem

Deutsche sozialdemokratische Frauenorganisation Prag

Freitag, den 16. November um 8 Uhr abends im „Monopol“
Frauen- und Mädchenabend
Genosse Ernst Pa u l wird über das Thema

„Querschnitt durch das Leben des sudetendeutschen Arbeiters“

sprechen.
Das Bezirksfrauenkomitee.

BILLIG
weil **AUSGIEBIG** — **SCHMACKHAFT**
Vibu-Kakao
NICHTVERSTOPFEND
NAHRHAFT - SÄTTIGEND, deshalb
BILLIG

Verkaufszentrale: VIBU, PRAHA II., Hybernská 2
Tel. 23219

kommunistischen Verband erfolgt. Der neue Verband führt den Titel „Vereinigte Landesverband für Arbeitersport und Jugenpflege“. In zehn Punkten wurde die Heißung und die Arbeit der vereinigten Organisation festgelegt. In die Leitung der NSJ und der NSJ wurde eine Aufforderung gerichtet, daß die beiden Internationalen alles aufbieten, um eine geeinigte Arbeitersportinternationalen zu errichten. Der neue Verband bleibt weiterhin der NSJ angeschlossen.

Das Provinzen-Turnier im belgischen Arbeitersport fußball brachte in der ersten Runde mit dem 4:2-Sieg Anderens über Stabant die Hebertragung des Tages. Die Sieger verdanken ihren Erfolg vor allem der Stürmerreihe. Anwerpen gewann verdient und leicht, trotz offenem Spiel gegen Gaimart 3:0. In beiden Spielen nahmen zahlreiche Zuschauer teil, was vor allem der Qualität der Spiele zuschreiben ist.

Walter Benfemann gestorben. Am Dienstag verschied in Montreaux (Schweiz) der bekannte reichsdeutsche Sportjournalist Walter Benfemann im Alter von 62 Jahren. Benfemann gehörte mit zu den Gründern des DFB und war Herausgeber der Münchener Fußballwochenchrift „Nider“. Nach dem Nachlasstritt Hilfers mußte Benfemann, der gegen jede Diskalatur sowie für die Keillichkeit im bürgerlichen Sport eintrat, seinen Wirkungskreis verlassen, sein Werk wurde gleichgeschaltet und er ging in Emigration, wo nun eine Krankheit seinem Leben ein Ende setzte. Benfemann war einer der wenigen bürgerlichen Sportjournalisten, welcher auch dem Arbeitersport Achtung und Anerkennung entgegenbrachte, obwohl seine damaligen Mitarbeiter dies mit allen Mitteln zu verhindern suchten. Der „Nider“ war aber auch in der Periode vor Hilfers reich schon stark mit Nazi-Beisetzungen und Gemeinheiten durchsetzt; Benfemann hatte jedoch nicht mehr die Kraft, diesen Wandel zu schaffen — und die einst so geachtete Zeitschrift verfiel... In der Tschekoslowakei war Benfemann oft bei großen bürgerlichen Sportveranstaltungen, wie er überhaupt viel für den tschechoslowakischen Sport tätig hatte.

Vereinsnachrichten

SD-Emigranten. Die Arbeitsgemeinschaft über Mittelstandsfragen erfüllt morgen Donnerstag, Dagegen findet um 5 Uhr nachmittags die Arbeitsgemeinschaft über Organisationsfragen statt.

Filme in Prager Lichtspielhäusern

bis inklusive Donnerstag, den 15. November 1934

- Adria: „Mutler Sträckerla“ (Tsch.) — Alfo: „Bei Kupa!“ (Sloboke und Serich, Tsch.) — Kolon: „Du bist für mich die schönste.“ (E.) — Serinell: „Mastelade.“ (D.) — Fénix: „Mutler Sträckerla.“ (Tsch.) — Ninoema, S. Th.: „Journal, Proteste, Reportage.“ 1/2—1/8. — Koruna: „Der geheimnisvolle Doppelgänger.“ (A.) — Kolon: „Don Juan's letzte Liebe.“ (E.) — Lucerna: „Don Juan's letzte Liebe.“ (E.) — Olympia: „Nädhce u i t Uniform.“ (D.) — Praha: „Der geheimnisvolle Doppelgänger.“ (A.) — Radio: „Mastelade.“ (D.) — Alma: „Vergessene Männer.“ (E.) — Baffal: „Vergessene Männer.“ (E.) — Selchere: „Das Lied der Schwärzen Berge.“ (Tsch.) — Pefedo: „Gajanova.“ (A.) — Carlton: „Das verlorene Hotel.“ (D.) — Favorit: „Mastelade.“ (D.) — Jankon: „Mastelade.“ (D.) — Viba: „Der heldenhafte Kapitän Morfocan.“ Durian. (Tsch.) — Waccksa: „Künstler-Kabarett.“ Szafall, Grünbaum. (D.) — Romy: „Mastelade.“ (D.)

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Die“ Revolution, die nicht selten erschütterter dafür aber für jedermann Vorteile aufweist, soll hier behandelt werden. Für jung und alt, ob gesund oder krank und besonders für Kinder, deren Ernährung für die Entwicklung in späteren Jahren ausschlaggebend ist, wird nunmehr ein vollwertiges, alle aufbauenden Nährstoffe enthaltendes Nahrungsmittel auf den Markt gebracht. Der Wissenschaft ist es gelungen, den einzigen Fehler des an und für sich nahrhaften Kakaos, die verstopfende Wirkung vollständig zu beseitigen. Heute kann jedermann zu seinem Vorteil den Vibu-Kakao trinken. Der nichtverstopfende Vibu-Kakao ist durch mineralische und aufbauende Stoffe ergänzt und bietet Gewähr dafür, daß die Darmtätigkeit günstig beeinflusst wird. Er wirkt nicht purgierend, nicht fettansammelnd, nicht fettigend, sondern nur sättigend, aufbauend und die Verdauung regulierend. Auch ein besonderer Vorteil des nichtverstopfenden Vibu-Kakao ist, daß Kakaoskonsumenten, die nach längerem Kakaogenuß desselben überdrüssig werden, den Vibu-Kakao gern dauernd konsumieren. Also, aus Eigenliebe werden diejenigen, die bis heute Kakao trinken und solche, die ihn aus bestimmten Gründen ablehnen, nun bekehrte Vibu-Kakao-Trinker sein. 2753

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährig Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.— — Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einzahlung der Retourmarken. — Die Zeitungsanstalt wurde von der Post-Druckerei: „Orbis“ Druck, Verlags- und Zeitungs-G. G. Prag.